

infobrief

eu & international

Inhalt

Krisenfolgen und Krisenfestigkeit: Wie die EU den Folgen des Irankriegs begegnen soll	2
Irritierende EU-Demokratiepolitik Weltweit und in der EU starke autokratische Tendenzen	9
Geopolitik, Handel, Rechtsruck: Mehr Handelsabkommen sind keine Antwort auf Krisen	14
EU-Haushalt ab 2028: Weniger Mittel für den Sozialen und Ökologischen Umbau?	20
Geänderte Machtverhältnisse: Nationale Wahlen stärken EU-Wirtschaftslobby	31
Buchbesprechung: Zahnlose Globalisierungskritik: Vom nervösen Zeitalter und Autoritarismus	35

EDITORIAL

Die Blockade der Straße von Hormus hat weltweit spürbare Folgen:

Auch in der EU steigen die Preise für Öl, Gas und Düngemittel. Welche Maßnahmen die EU nun zum Schutz der am stärksten Betroffenen ergreifen sollte, zeigen Lisa Mittendrein und Kolleg:innen in ihrem Beitrag auf. Wie wichtig starke Demokratien sind, betont etwa die EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula Von der Leyen seit Jahren. Frank Ey widmet sich diesem Thema, indem er aktuelle EU-Gesetzesinitiativen zur Demokratiepolitik einer kritischen Analyse unterzieht. Wie geopolitische Argumente in einem weiteren Politikfeld wirksam werden, verdeutlicht Theresa Kofler in ihrem Beitrag zur europäischen Handelspolitik, die tiefgreifenden Konsequenzen für Demokratie, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit hat. Dem Thema aus einer anderen Perspektive widmet sich Oliver Rathkolb in seinem Buch „Ökonomie der Angst“, das von Florian Kögler rezensiert wird. Bastian Henriquez Blauth warnt indes vor einer Abschwächung sozialer Zielsetzungen im Zuge der Reform der EU-Kohäsionspolitik. Den Abschluss der Ausgabe bildet Frank Eys Analyse über den steigenden Einfluss wirtschaftsnaher Parteien in der Europäischen Union nach nationalen Wahlen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!
Die Redaktion

Schreiben Sie uns Ihre Meinung, Wünsche, Anregungen und Kritik an eu@akwien.at

IMPRESSUM

Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz Eugen Strasse 20-22, Telefon +43 1 501 650 · **Offenlegung** gem § 25 des Mediengesetzes siehe wien.arbeiterkammer.at/offenlegung · **Zulassungsnummer** AK Wien 02Z34648 M · **Redaktion** Sarah Bruckner, Frank Ey, Monika Feigl-Heihs, Lisa Mittendrein, Valentin Wedl, Julia Wegerer · **Grafik** Julia Stern · **Verlags- und Herstellungsort** Wien · **Erscheinungsweise** 4 Mal jährlich · **ISSN** 2409-028X · **Blattlinie** Die Meinungen der Autor:innen · **Kostenlose Bestellung** unter <http://wien.arbeiterkammer.at/euinfobrief>



KRISENFOLGEN UND KRISENFESTIGKEIT

WIE DIE EU DEN FOLGEN DES IRANKRIEGS BEGEGNEN SOLL

Von
Lisa Mittendrein
und Kolleg:innen*

Die Preisschocks und Knappheiten bei Energie, Düngemitteln und anderen Rohstoffen in Folge des Irankriegs machen entschiedenes politisches Handeln nötig. Die Aufgabe der Europäischen Union ist in dieser Krise, die unmittelbaren Folgen abzumildern und die am meisten Betroffenen zu schützen. Sie muss die Krisenfestigkeit unserer Energie-, Verkehrs und Lebensmittelsysteme erhöhen und sich mit politischen und diplomatischen Mitteln für Frieden einsetzen.

Der Irankrieg verursacht menschliches Leid und Zerstörung in der ganzen Region, erhöht regionale und globale Spannungen und führt weltweit zu schweren wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen. Insbesondere die Blockade der Straße von Hormus, durch die große Mengen Öl, Gas, Düngemittel und anderer Rohstoffe verschifft werden, hat weltweit Preisschocks ausgelöst.

Die aktuelle Situation zeigt, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energien nicht nur die Klimakrise anheizt, sondern unsere Gesellschaft und Wirtschaft anfällig für globale Krisen macht. Doch es ist nicht nur das. Ob Medikamentenengpässe während der Covid-Pandemie, Unterbrechung von Handelsrouten und Handelskriege, Energiekrisen durch Kriege wie 2022 und heute, oder Schäden und Ernteauffälle durch Klimakatastrophen: Die letzten Jahre haben vielfach gezeigt, wie instabil der globalisierte Handel insgesamt geworden ist. Während die Mehrheit der Menschen darunter leidet, profitieren einige Wenige. Schon jetzt ziehen etwa Ölkonzerne, Großbanken und Rohstoffhändler Milliarden an Extraprofite aus den Folgen des Irankriegs und verschlimmern durch ihr, teils spekulatives, Handeln die Krise.

Die Aufgabe der Europäischen Union ist in dieser Krise, die unmittelbaren Folgen abzumildern und die am meisten Betroffenen zu

schützen. Sie muss die Krisenfestigkeit unserer Energie-, Verkehrs- und Lebensmittelsysteme erhöhen und sich mit politischen und diplomatischen Mitteln für Frieden einsetzen. Dies erfordert auch, dass die EU von ihrer bisherigen Handelspolitik abrückt, die Abhängigkeiten geschaffen, die Verwundbarkeit der EU erhöht und politische Handlungsspielräume eingeschränkt hat. Grundlegende Fragen der außenwirtschaftlichen Orientierung und der Krisenfestigkeit müssen, gerade im Sinne der Beschäftigten, in den Mittelpunkt rücken. Dazu folgende Vorschläge:

ENERGIE

Durch die Blockade der Straße von Hormus fehlen etwa 20 Prozent der globalen Öl- und Flüssiggas-Produktion. Das führt zu hohen Preisen und mancherorts zu Knappheit. Wegen der starken Abhängigkeit von fossilen Energien ist auch Europa von der Energiekrise betroffen. Bisher steigen die Preise vor allem bei Mineralölprodukten, eine Versorgungskrise gibt es in der EU noch nicht. Sollten Exporte aus dem Nahen Osten länger ausfallen, wären jedoch Diesel und Kerosin besonders anfällig für Engpässe. Auch bei Gas gibt es noch keine Versorgungsprobleme und der Preisanstieg bleibt bisher moderat, weitere Steigerungen sind jedoch möglich.

Grundlegende Fragen der außenwirtschaftlichen Orientierung und der Krisenfestigkeit müssen in den Mittelpunkt rücken.

Maßnahmen gegen steigende Energiepreise

Der dringendste Handlungsbedarf besteht momentan bei Mineralöl(-produkten), da hier die Preise am meisten steigen. Versorgungssicherheit muss gewährleistet und übermäßige Profite von Mineralölunternehmen zulasten von Verbraucher:innen vermieden werden.

→ **Margenbegrenzungen:** Mehrere Staaten, darunter auch Österreich, begrenzen bereits die Profitmargen von Ölunternehmen. Diese Margenbeschränkungen sollten auf die gesamte EU ausgeweitet werden, um mögliche Versorgungsprobleme in den regulierenden Ländern zu vermeiden und sicherzustellen, dass niedrigere Preise durch gemeinsame Beschaffung an Endkund:innen weitergegeben werden.

→ **Transparente Referenzpreise:** Die Benchmark-Preise für Öl werden von kommerziellen Marktanalysten ermittelt. Hier braucht es mehr Transparenz, um sicherzustellen, dass diese Referenzpreise die tatsächliche Preissituation widerspiegeln.

→ **Krisenmechanismen nachschärfen:** Die vorgesehenen EU-Krisenmechanismen zu Energiepreisen (laut Elektrizitäts- und Gasbinnenmarkttrichtlinie) sind zu lasch und würden erst nach drastischen Verwerfungen greifen. Sie müssen nachgeschärft und durch Beiträge von Krisengewinnern oder Adaptionen im Marktdesign finanziert werden.

Gas: Krisenvorsorge und -bewältigung

Durch den Wegfall eines erheblichen Teils der weltweiten Erdgasförderung wird der Wettbewerb um die verbleibende Produktion stärker. Die EU muss am Weltmarkt geeint auftreten und gleichzeitig möglichst sparsam mit dem vorhandenen Gas umgehen.

→ **Koordinierte Gasbeschaffung und**

-speicherung: Gas sollte gemeinsam eingekauft und die Speicher koordiniert wiederbefüllt werden, um einen Bieterwettbewerb und einen starken Preisanstieg wie 2022 zu vermeiden.

→ **Energieeffizienz:** Energieeffizienzvorgaben – etwa für die Industrie – müssen verschärft werden. Subventionen gegen hohe Energiepreise müssen mit Effizienzvorgaben einhergehen, damit die Dekarbonisierung tatsächlich beschleunigt wird. Zusätzlich müssen soziale Aspekte sowie Leistbarkeit konsequent berücksichtigt werden.

Treibstoffe: Krisenvorsorge und -bewältigung

Sollte es zu Treibstoffengpässen kommen, muss knappe Energie effizienter genutzt und gerecht verteilt werden. Dazu braucht es ordnungspolitische Maßnahmen. Preismechanismen reichen nicht aus, weil sie jene stärker belasten, die ohnehin wenig Alternativen haben.

→ **Luxus-Flüge einschränken:** Energieintensiver Überkonsum, etwa durch Privatjets und platzverbrauchende Business-Class-Flüge, sollte eingeschränkt werden.

→ **Prioritäten im Straßenverkehr:** Öffis und Fahrgemeinschaften sollten über

reservierte Fahrstreifen priorisiert werden. Niedrigere Tempolimits können den Treibstoffverbrauch um rund zehn Prozent senken, bestehende Limits müssen (gerade im Schwerverkehr) konsequent kontrolliert werden.

→ **Betriebe verpflichten:** EU-Mitgliedsstaaten sollten Unternehmen Maßnahmen zum betrieblichen Mobilitätsmanagement vorschreiben, mit denen sie etwa die Anreise mit öffentlichem Verkehr oder in Fahrgemeinschaften unterstützen.

Energieunabhängigkeit stärken

Solange Europa in großem Umfang Öl und Gas importiert, bleibt es anfällig für internationale Krisen. Ein möglichst sparsamer Umgang mit Energie, der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien und ein leistungsfähiges, integriertes europäisches Stromnetz sind die zentralen Hebel, um echte Energieunabhängigkeit zu erreichen. Neben Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit ist die Leistbarkeit der Energiewende zentral.

→ **Günstige Erneuerbare:** Die tatsächlichen Kostenvorteile erneuerbarer Energien müssen sich auch in niedrigeren Preisen für Endverbraucher:innen widerspiegeln. Dafür braucht es ein passendes, reformiertes Strommarktdesign.

→ **Finanzierung des Netzausbaus:** Es braucht substanzielle europäische Mittel und öffentliche Ko-Finanzierung für den Netzausbau, denn ein gemeinsamer Markt erfordert eine gemeinsame Infrastruktur. Eine öffentliche Ko-Finanzierung dämpft die Netzentgelte. Gerade für Transitländer wie Österreich ist eine faire Verteilung der Netzkosten zentral.

→ **Faire Kostenteilung:** Die Kosten der Energiewende müssen fair und verursachergerecht verteilt werden: zwischen den Mitgliedstaaten, aber ebenso innerhalb der Mitgliedstaaten zwischen Großverbrauchern, Haushalten und Erzeugern.

Krisenfeste und nachhaltige Mobilität ausbauen

Unsere Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen macht uns anfällig für Preisschocks und Knappheiten. Ob am Arbeitsweg oder bei Urlaubsreisen: dabei leiden vor allem jene, die am wenigsten Alternativen haben. Um unser Verkehrssystem krisenfester zu machen, müssen wir nachhaltigen Verkehr entschlossen ausbauen.

→ **Europäischer Bahnausbau:** Die Bahn ist der energieeffizienteste Weg, um Unabhängigkeit von Auto und Flugzeug zu ermöglichen. Der grenzüberschreitende Bahnverkehr muss entsprechend der EU-Verkehrsziele rasch ausgebaut und dafür die Connecting Europe Facility aufgestockt werden.

→ **Bahnindustrie unterstützen:** Die Produktion von Schienenfahrzeugen und Infrastruktur ist in der EU hervorragend aufgestellt und stärkt die strategische Unabhängigkeit. Durch gezielte Industriepolitik kann sie ein Industrie-Stärkefeld bleiben.

→ **Gegen unfaire Kostenvorteile:** Um gegen Lohn- und Sozialdumping sowie mangelnde Kostenwahrheit im Verkehr vorzugehen, müssen gute Arbeitsbedingungen für alle Verkehrsbeschäftigten gesichert, Steuerprivilegien für fossile Verkehrssektoren abgeschafft und der nachhaltige Verkehr entschlossen ausgebaut werden.

Bei Engpässen braucht es ordnungspolitische Maßnahmen, um knappe Energie effizienter zu nutzen und zu verteilen.

→ **Öffentliches Eigentum:** Liberalisierungen im öffentlichen Verkehr, die sich als negativ erwiesen haben, müssen zurückgenommen werden. Die positive Rolle von öffentlichem Eigentum und Direktvergaben muss gestärkt werden.

LEBENSMITTEL UND DÜNGER

Die Golfstaaten sind nicht nur wichtige Produzenten fossiler Energieträger, sondern nehmen auch eine zentrale Stellung im globalisierten industriellen Lebensmittelsystem ein. Sie stellen große Mengen fossiler Düngemittel her (sog. Kunstdünger), sind zentrale Import-Export-Umschlagplätze für viele Lebensmittel und kontrollieren dafür zentrale Infrastrukturen wie Häfen, Lager und Transportwege. Die Seeblockade der Straße von Hormus führt unmittelbar zu Knappheit und steigenden Preisen bei Düngemitteln. Als Folge werden Ernteausfälle und Ernährungsunsicherheit, insbesondere in Ostafrika und Südasien, befürchtet. Mit dem Wetterereignis El Niño, das durch die Klimakrise verstärkt wird, kündigen sich dieses und nächstes Jahr zusätzlich Dürreperioden und Hitzewellen an. Zusammen mit höheren Energie- und Transportkosten kann das auch andernorts die Lebensmittelpreise erhöhen und Gelegenheiten für Spekulation und Profitmacherei entstehen.

Globale Krisenbewältigung

Die Folgen des Kriegs für Lebensmittel werden vor allem vulnerable Länder des Südens treffen, die kaum fiskalischen Spielräume haben, um Krisenfolgen abzufedern. Laut World Food Programme (WFP) drohen 45 Millionen mehr Hungernde durch die aktuelle Krise. Das macht folgende Maßnahmen erforderlich:

→ Transportkorridor für Düngemittel:

Die EU soll die Verhandlungen zu einem UN-kontrollierten Transportkorridor für Düngemittel politisch und diplomatisch unterstützen.

→ **Humanitäre Hilfe:** Für Soforthilfe gegen Hunger und wegen Preissteigerungen müssen die EU und die Mitgliedsstaaten dem ohnehin schon unterfinanzierten UN-WFP rasch mehr Mittel bereitstellen.

→ **Schuldenerlass:** Die EU muss sich für sofortige Schuldenerleichterungen für besonders betroffene Länder einsetzen, zu denen auch Banken und Fonds verpflichtet werden. Ein dauerhafter UN-Entschuldungsmechanismus soll eingerichtet werden.

Massnahmen gegen steigende Lebensmittelpreise

In der letzten Energie- und Düngemittelkrise 2022/23 konnten große Lebensmittelkonzerne, aber auch vorgelagerte Unternehmen, wie Seefrächter, Düngemittelhersteller oder Getreidehändler massive Profitsteigerungen durchsetzen. Es ist zu befürchten, dass diese Unternehmen nun wieder übermäßig profitieren. Zur Inflationsbekämpfung bei Lebensmitteln braucht es sowohl präventive als auch abmildernde Maßnahmen:

→ **Preiseingriffe:** Wenn die Teuerung bei Grundbedürfnissen nicht in den Griff zu bekommen ist, sind staatliche Preiseingriffe nötig.

→ **Steuersenkungen:** Durch Mehrwertsteuersenkungen können Lebensmittelpreise kurzzeitig gesenkt werden. Das ist jedoch teuer für die öffentlichen Haushalte, die Weitergabe muss kontrolliert

Ein sparsamer Umgang mit Energie, der schnellere Ausbau Erneuerbarer und ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz sind die zentralen Hebel.

werden, und bei einer Rücknahme müssen Preissprünge verhindert werden.

→ **Monitoring:** Durch Transparenz entlang der Wertschöpfungsketten kann Engpässen frühzeitig begegnet werden. Anti-Teuerungs-Kommissionen können sich auf Branchen fokussieren, Unternehmen sollten steigende Preise begründen müssen.

Parallel zur Düngemittelkrise drohen Dürren und Überschwemmungen durch El Niño – wiederum durch die Klimakrise verschärft.

→ **Strategische Reserven:** Auf nationaler und europäischer Ebene können strategische Reserven angelegt werden (z. B. von Rohstoffen, Getreide). Im Akutfall kann der Staat durch deren Freigabe sowie durch öffentliches Einkaufsmanagement versuchen, den Marktpreis indirekt zu beeinflussen.

→ **Regulierung des Rohstoffhandels:** Regulierung und Spekulationsverbote sind dringend überfällig, um Preisfluktuationen auf Rohstoffmärkten zu reduzieren. Insbesondere bei Lebensmitteln sind Maßnahmen wie der Ausschluss institutioneller Investoren und Positionslimits sinnvoll.

Abhängigkeit von fossilem Dünger reduzieren

Kunstdünger wird aus Erdgas hergestellt und ist somit stark importabhängig und klimaschädlich. Sein Preis schwankt direkt mit dem Gaspreis.

→ **Konditionalitäten:** Direktzahlungen an Landwirt:innen im Rahmen der EU-Agrarpolitik sollten an Auflagen geknüpft werden, die den Düngebedarf strukturell senken, etwa durch Zwischenfrüchte mit Leguminosen, die Stickstoff im Boden binden.

→ **Biologische Landwirtschaft:** Nachdem biologische Landwirtschaft ohne mit Erdgas hergestellten Stickstoffdünger auskommt, ist sie in dieser Hinsicht nicht nur besser für das Klima und die Umwelt, sondern auch unabhängiger von fossilen Energieträgern. Der Anteil der biologischen Landwirtschaft soll durch Lenkungsmaßnahmen erhöht werden.

→ **CO₂-Beitrag:** Der neue CO₂-Grenzausgleich (CBAM) für Mineraldünger darf nicht verwässert werden, denn das würde die Importabhängigkeit weiter verstärken.

→ **EU-Entwicklungspolitik:** Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollen Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre strukturelle Abhängigkeit von fossilen Düngemitteln zu verringern und biologische Anbaumethoden auszubauen. Dazu gehören auch Diversifizierung und die Stärkung lokaler Märkte statt exportorientierter Monokulturen, wie sie durch die EU-Handelspolitik gefördert werden.

MAKROÖKONOMISCHE FOLGEN

Die Schwere und Dauer der wirtschaftlichen Folgen des Kriegs sind noch nicht absehbar. Hohe Energiepreise und Lieferkettenengpässe führen jedenfalls zu steigender Inflation, einer schlechteren Wirtschaftsentwicklung, Verteilungskonflikten und budgetären Herausforderungen. Auch Knappheit bei Verpackungsmaterialien wie Kunststoffen und Aluminium kann die Preise für Lebensmittel und Medikamente zusätzlich belasten.

Zudem nutzen Konzerne Kostenschocks, um ihre Profitmargen zu stabilisieren bzw. sogar zu erhöhen. Man spricht hier von ei-

Krisenfolgen und Krisenfestigkeit: Wie die EU den Folgen des Irankriegs begegnen soll

ner profitgetriebenen Inflation oder einer Gewinn-Preis-Spirale. Spekulationen und Risikoaufschläge verschärfen das Problem.

angebotsseitige Inflationsschocks zu bekämpfen, sondern dämpfen Investitionen und erhöhen die Arbeitslosigkeit.

→ **Preiseingriffe:** Preiseingriffe in einzelnen, kritischen Sektoren schaffen Preisstabilität und dämpfen hohe Inflation sowie den Anstieg der Ungleichheit. Niedrige Energiepreise und eine effektive Senkung der Teuerung entlasten Unternehmen und Haushalte.

→ **Aktive Industrie- und Wettbewerbspolitik:** Aktive Industriepolitik stärkt lokale Wertschöpfungsketten. Wettbewerbspolitik verhindert, dass Unternehmen eine zu große Marktmacht entwickeln und Kartellabsprachen stattfinden.

Konzerne nutzen Kostenschocks, um ihre Profitmargen zu stabilisieren bzw. sogar zu erhöhen.

→ **Geldpolitik:** Die Rolle der Geldpolitik bei einem durch fossile Energie ausgelösten Angebotsschock sollte sich darauf konzentrieren, die Finanzierung des Umstiegs auf erneuerbare Energie durch niedrige Zinsen und ggf. gezielte Anleihen-Ankäufe zu ermöglichen. Leitzinserhöhungen sind nicht geeignet,

→ **Übergewinnsteuer:** Um einheitliche Regeln zu schaffen und Marktverzerrungen zu verhindern, braucht es einen europäischen Rechtsrahmen zu neuen Übergewinnsteuern für Energieunternehmen. Die konkrete Ausgestaltung kann auf nationaler Ebene erfolgen. Die Erlöse aus Übergewinnsteuern

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Jahrgang 2025



HEFT 1: Was wurde eigentlich aus ... der Zukunft?

Thesen, Themen und Zukunftsprognosen aus 40 Jahren Kurswechsel im Aktualitätstest.



HEFT 2: (Gesellschafts-)kritische Ökonomie in Österreich

Kritisch denken und forschen über Wirtschaft und Gesellschaft – was bisher geschah und was dem neoliberalen Umbau der Wissenschaft standhält.



HEFT 3: Kriegs- und Friedenswirtschaft

Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete sowie Ausbau der Rüstungsindustrie sind heute gleichzeitig Thema der Europäischen Politik. Weltweit wird so viel für das Militär ausgegeben wie nie zuvor. Stehen wir vor einer neuen Kriegswirtschaft oder gibt es Alternativen?



HEFT 4: Boden zwischen Markt und Politik

Wohnen, Anbauen, Baden, Produzieren, Wildleben, Spekulieren – wer darf wieviel Grund und Boden wofür nutzen, und gegen welche Gegenleistung? Bodenpolitik rückt zusehends ins Rampenlicht und wirft weitreichende Planungsfragen auf.

Einzelheft € 12,—
Normalabonnement € 34,—
StudentInnenabonnement € 18,—
Auslandsabonnement € 42,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag
Tel.: (0043-1) 586 80 70
E-Mail: verlag@sonderzahl.at
www.sonderzahl.at

Kritik im Abo

Die Europäische Union sollte sich nicht militärisch beteiligen, sondern diplomatische und zivile Maßnahmen forcieren.

sollten direkt zur Senkung von Endkund:innenpreisen verwendet werden, um die Inflation zu senken (z.B. durch Sozialtarife).

→ **Umbau finanzieren:** Es braucht einen neuen EU-Fonds nach dem Vorbild der Aufbau- und Resilienzfazilität, der dazu beiträgt, die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen maßgeblich zu reduzieren, und Investitionen in erneuerbare Energien sowie den sozial-ökologischen Umbau forciert. Dieser Fonds sollte dann zu einer permanenten EU-Fiskalkapazität in Höhe von mindestens 1 % des europäischen BIP ausgebaut werden.

→ **Beschäftigungsimpulse durch Umbau:** Je länger der Krieg andauert, desto wichtiger werden Beschäftigungsimpulse. Diese gehen auch vom notwendigen Umbau der Energie- und Mobilitätssysteme aus, der gerade jetzt entschieden vorangetrieben werden muss. Flankiert werden sollten diese Investitionen durch Qualifizierungsmaßnahmen.

→ **Kreislaufwirtschaft stärken:** Europäische Recyclinganlagen werden wegen der niedrigen Preise von Primärrohstoffen bisher wenig genutzt. Europa muss sich durch eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft strategisch unabhängiger machen.

es eine konsequent friedensorientierte Politik. Vorrangig ist die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen sowie der Verzicht auf unilaterale militärische Maßnahmen im Rahmen der von Pakistan vermittelten Waffenruhe. Diese muss durch aktive diplomatische Bemühungen zu einem tragfähigen Friedensplan weiterentwickelt werden. Nur im Rahmen eines solchen Friedensplans wird auch die Straße von Hormus wieder befahrbar und die Handelsunterbrechungen, die der aktuellen Krise zugrunde liegen, beendet.

Dafür ist ein multilateraler Prozess unter Einbindung der Vereinten Nationen und regionaler Akteur:innen zentral. Die Europäische Union sollte sich nicht militärisch an dem Konflikt beteiligen, sondern diplomatische und zivile Maßnahmen forcieren. Die strikte Einhaltung von Menschenrechten und des internationalen Völkerrechts muss von allen Seiten sichergestellt werden. Autokratische Regime und deren Repression der Zivilbevölkerung sind entschieden abzulehnen. Prodemokratische Kräfte sollten bestmöglich unterstützt werden. Schließlich sind verbindliche Pläne zur Abrüstung und Rüstungskontrolle – insbesondere im Bereich nuklearer Kriegsführung – unerlässlich, um nachhaltigen Frieden und Stabilität in der Region zu ermöglichen.

Lisa Mittendrein, AK Wien
lisa.mittendrein@akwien.at

*Mit Beiträgen von:
Astrid Schöggel, Daniel Haim, Joel Tölgyes,
Maria Burgstaller und Raphael Kaufmann.

FRIEDEN VORANBRINGEN

Ursache der aktuellen Krise ist vor allem die Blockade der Straße von Hormus im Persischen Golf. Um schwerere wirtschaftliche und soziale Verwerfungen zu verhindern ist es daher zentral, diese Handelsunterbrechung im Rahmen eines Friedensplans rasch und dauerhaft zu beenden. Um den Krieg im Nahen Osten nachhaltig zu beenden, braucht

IRRITIERENDE EU-DEMOKRATIEPOLITIK WELTWEIT UND IN DER EU STARKE AUTOKRATISCHE TENDENZEN

Von
Frank Ey

Seit Jahren betont die EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula Von der Leyen die wichtige Rolle starker Demokratien. Nach jahrelanger Verzögerung haben die EU-Institutionen nun eine Reihe von Rechtsakten ua zum besseren Schutz der Wahlinfrastruktur, der Medien und gegen Desinformation verabschiedet. Maßnahmen, die ausdrücklich zu begrüßen sind. Gleichzeitig hat die EU-Kommission nun jedoch auch Schritte gesetzt, die demokratiepolitischen Grundsätzen widersprechen. Eine höchst bedenkliche Entwicklung.

Demokratiepolitisch hat die EU in der letzten Legislaturperiode deutlich zu behäbig agiert. Zumindest in der Gesetzgebung setzt die Europäische Union nun auch teils positive Zeichen.

Was von den Ankündigungen der letzten EU-Legislaturperiode blieb

Zwischen dem Versprechen Von der Leyens zu Beginn ihrer ersten Amtszeit 2019, die Demokratien zu stärken, und dem Ergebnis in Form von konkreten Maßnahmen¹ klaffte am Ende der letzten Legislaturperiode 2024 eine große Lücke. Zahlreiche der geplanten EU-Gesetze waren bis zu den EU-Wahlen 2024 noch nicht in Kraft. Die Entwürfe zu den Rechtstexten wurden zu einem erheblichen Teil erst gegen Ende der letzten Gesetzgebungsperiode veröffentlicht.

Folgewirkungen des langsamen Handelns auf EU-Ebene

Die mangelnde Entschlossenheit der EU-Kommission wurde von antidemokratischen und totalitären Regimen und Gruppen außerhalb und innerhalb der EU prompt ausgenutzt: Länder wie Russland, China² oder Katar³ warben Abgeordnete und Mitarbeiter:innen im Europäischen Parlament an, damit diese in ihrem Sinne bei Verhandlungen intervenieren oder gar sensible Informationen an sie weitergeben. Auf Ebene des Rates wurde bekannt, dass Mitglieder der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán Russland sensible Informationen aus Sitzungen des EU-Rats zuspielten.⁴

Russland forcierte zudem eine Reihe von Desinformationskampagnen insbesondere über soziale Medien gegen mehrere EU-Länder wie beispielsweise Deutschland und Polen. Ein ähnliches Verhalten legte die US-Regierung nach der Machtübernahme durch Donald Trump an den Tag: So machte Trumps damaliger Berater Elon Musk im Vorfeld der deutschen Bundestagswahlen offen Stimmung⁵ für eine rechtsgerichtete Partei in Deutschland⁶. Die Propaganda, die von den rechtsgerichteten Regimen und Personen lanciert wurde, zeigte prompt Erfolg: Russland bzw den USA unter Trump nahestehende europäische Gruppierungen erzielten bei nationalen und den EU-Wahlen teils erhebliche Zugewinne.

Auch innerhalb der Europäischen Union agierte die Europäische Kommission deutlich zu langsam und teilweise sogar widersprüchlich. Die Gesetze zu digitalen Dienstleistungen und dem digitalen Binnenmarkt waren neben wirtschaftlichen Aspekten auch aus demokratiepolitischer Sicht ein wesentlicher Fortschritt.⁷ Nur: Sie entfalteten ihre Wirkung unzureichend und halfen nicht gegen die Verbreitung von falschen Informationen auf sozialen Plattformen, die über Algorithmen noch wesentlich befeuert wurden. Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, der EU-Ländern

EU-Förderungen vorenthält, die sich nicht an die EU-Grundprinzipien der Demokratie halten, kann durchaus als scharfes Instrument bezeichnet werden. Im Falle Ungarns wurden bedeutende Teile von EU-Förderungen⁸ zwar zuerst blockiert, jedoch knapp vor den EU-Wahlen 2024 ohne ersichtlichen Grund von der EU-Kommission freigegeben. Darauf hat das Europäische Parlament damals rasch reagiert und gegen diese Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt. Die Abgeordneten bekamen

zwischenzeitlich von der Generalanwältin des EuGH auch recht: Sie schlägt vor, den Beschluss der Kommission für nichtig zu erklären.⁹ Zwischenzeitlich dürfte das Urteil mit dem Machtwechsel in Ungarn jedoch obsolet geworden sein, weil der neue Premier Magyar angekündigt hat, die die für Ungarn eingefrorenen EU-Gelder mit Reformen so rasch wie möglich loszusehen zu wollen.¹⁰

EU-Demokratiepolitik in der neuen EU-Gesetzgebungsperiode

Der Beginn der neuen EU-Legislaturperiode begann vielversprechend: Mit Michael McGrath¹¹ wurde erstmals ein eigener Kommissar für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz ernannt. Das Europäische Parlament richtete zudem den Sonderausschuss¹² „Europäisches Schutzschild für die Demokratie“ ein.

Im November 2025 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag für einen Europäischen Schutzschild für die Demokratie,¹³ der neue und bestehende Gesetze bündelt und durch Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen, einen Demokratieleitfaden, bildungspolitische Maßnahmen, eine Civic-Tech-Plattform und einen Verhaltenskodex gegen Desinformation ergänzt. Das neu geschaffene Europäische Zentrum für demokratische Resilienz¹⁴ soll zudem Wissen und Ressourcen bündeln. Schwerpunkte sollen unter anderem die Entwicklung von Instrumenten zum Schutz der Wahlen auf EU-Ebene, ein Konzeptentwurf zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Desinformation sowie die Einbeziehung von Bürger:innen für den Schutz der Demokratie sein.

Neue Gesetze geben Hoffnung

Mehrere EU-Gesetze, deren Textentwürfe noch gegen Ende der letzten Gesetzge-

Bevor die
Argumente
ausgehen.



A&W
blog

awblog.at

Verkehrte Welt:
Das EU-Parlament hat ein Gremium eingerichtet, das die Förderungen für Nichtregierungsorganisationen kontrollieren soll. Gleichzeitig blockieren Konservative und Rechte einen Ethikrat, der sich Fällen von Korruption und Spionage widmen soll.

bungsperiode veröffentlicht wurden, konnten nun, wenngleich mit erheblicher Verspätung,¹⁵ verabschiedet werden. Nach der Umsetzungsphase in den Mitgliedstaaten werden die neuen Normen im Laufe dieses und nächsten Jahres in Kraft treten. Die wichtigsten davon sind:

- Die **wahlbezogene Infrastruktur** wird nun über die sogenannte NIS2-Richtlinie, ein Gesetz, das die Netz- und Informationssicherheit verbessert und konzeptintegrierte Sicherheit, Resilienz und Koordinierung in der gesamten EU ermöglicht, besser geschützt. Ergänzt wird die Richtlinie über die Cyberresilienz-Verordnung, die Cyberangriffe verhindern und kritische Bereiche sowie digitale Produkte besser schützen soll.
- Seit Oktober 2025 ist zudem die **Verordnung über politische Werbung**¹⁶ in Kraft, ergänzt durch entsprechende Leitlinien. Politische Werbeeinschaltungen müssen klar als solche gekennzeichnet werden. Zudem ist Werbung durch Sponsor:innen¹⁷ aus Drittstaaten drei Monate vor einer Wahl oder einem Referendum in einem Land überhaupt verboten. Darüber hinaus dürfen nun sensible persönliche Daten wie die Religionszugehörigkeit, die Hautfarbe und die sexuelle Orientierung nicht mehr bei politischer Werbung genutzt werden. Politische Online-Anzeigen müssen in einem Online-Archiv verfügbar sein, samt der Information, wer die Werbung finanziert hat.
- Das **EU-Medienfreiheitsgesetz**¹⁸ ist ebenfalls seit 2025 in Kraft und regelt unter anderem den Schutz der redaktionellen Unabhängigkeit, journalistische Quellen und den unabhängigen Betrieb

öffentlich-rechtlicher Medien. Darüber hinaus zielt das Gesetz darauf ab, die Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen von Medien und staatlicher Werbung bei Mediendienstleistern zu verbessern.

Die dunklen Seiten der EU in der Demokratiepolitik

Leider ist trotz der positiven Akzente in der Gesetzgebung für stabile Demokratien festzustellen, dass die EU-Institutionen derzeit eine Reihe von Schritten setzen, die ganz im Gegensatz zu liberalen Demokratien stehen.

Dazu zählt in besonderem Maße die EU-De-regulierungsagenda,¹⁹ bei der EU-Gesetze, die im Interesse der Beschäftigten und zum Schutz des Klimas gerade erst in der letzten Gesetzgebungsperiode verabschiedet wurden, mit zweifelhaften Methoden gleich wieder gestrichen oder verwässert werden sollen. Zentrales Instrument dabei ist das sogenannte Omnibus-Verfahren, über das ganze Gesetzespakete, beispielsweise zum Grünen Deal, zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, zum Datenschutz und zu beschäftigungspolitischen Fragestellungen teils erheblich abgeschwächt werden sollen. Konsultationen, die laut den EU-Verträgen²⁰ bei derartigen Gesetzesprozessen vorgenommen werden müssen, um alle Teile der EU-Bevölkerung miteinzubeziehen, werden teilweise nicht durchgeführt, demokratiepolitische Grundsätze damit unterschlagen. Diesen Missstand hat auch die Europäische Ombudsstelle scharf kritisiert²¹ und festgestellt, dass sich die EU-Kommission an ihre eigenen Grundsätze zur „Besseren Rechtsetzung“ nicht halte. Auch sei die Dringlichkeit, mit der die Kommission diese Verfahren durchführt, nicht nachvollziehbar.

Irritierende EU-Demokratiepolitik: Weltweit und in der EU starke autokratische Tendenzen

In mehreren EU-Ländern sind die demokratiepolitischen Entwicklungen besorgniserregend.

Wie sehr sich die EU-Entscheidungsträger:innen von einer ausgewogenen Berücksichtigung der Interessen aller Teile der EU-Volkswirtschaft wegbewegen, zeigt sich auch bei Gesprächen mit Interessenvertretungen. Bei den Terminen mit der höchsten Ebene der EU-Kommission wird ein massives Ungleichgewicht zugunsten der Wirtschaftslobby deutlich: Seit Beginn der neuen EU-Legislaturperiode Ende 2024 haben die Kommissar:innen und ihre Mitarbeiter:innen fast drei Viertel der Gespräche²² mit Unternehmenslobbyist:innen geführt. Mit allen anderen Teilen der Gesellschaft, seien es Gewerkschaften, Gesundheitsorganisationen, Umweltverbände oder andere Interessensbereiche, gab es zusammen nur rund ein Viertel der Termine mit Kommissionsvertreter:innen.

Schockierend ist der neue Umgang des Europäischen Parlaments mit Nichtregierungsorganisationen, der an Praktiken von antidemokratischen Regimen erinnert: Die EU-Abgeordneten der Europäischen Volkspartei und der rechtspopulistischen Fraktionen haben beschlossen, ein Kontrollgremium für NGOs²³ einzurichten, um deren Förderungen zu überprüfen. Gleichzeitig blockieren die gleichen politischen Gruppierungen nun die Gründung eines Ethikrats²⁴ zur Untersuchung von Korruptions- und Spionagefällen, die in den letzten Jahren im Europäischen Parlament aufgedeckt wurden.

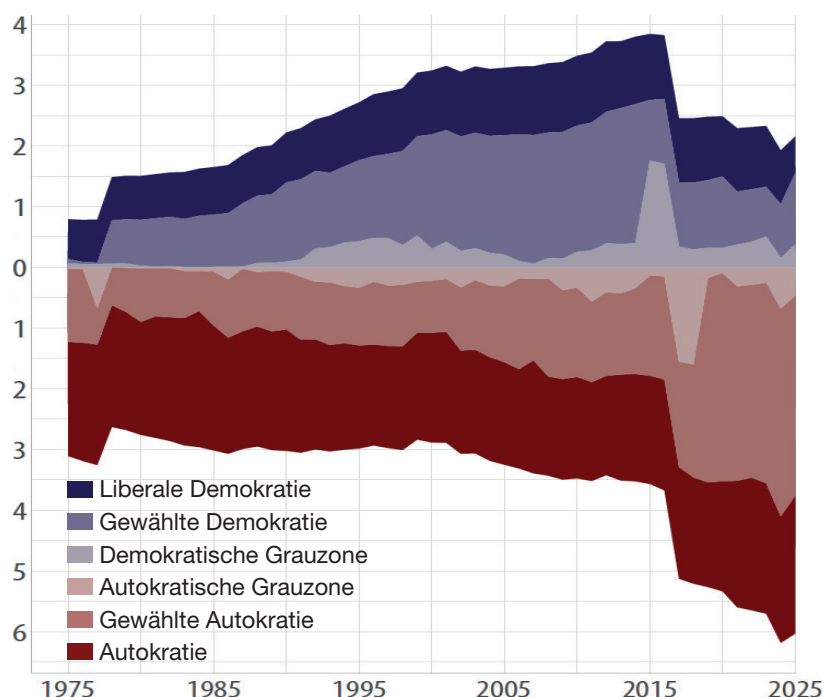
Weltweit dramatische Entwicklungen hin zu Autokratien und Diktaturen

Wenig positive Nachrichten gibt es aus anderen Weltregionen: Das renommierte V-Dem-Institut der Uni Göteborg²⁵ beobachtet seit vielen Jahren die Entwicklung von Demokratien und Autokratien. Die Ergebnisse des neuesten Berichts sind alarmierend: Lebten 2005 noch rund 50 Prozent der Weltbevölkerung in Demokratien,²⁶ waren es 2025 nur mehr 25 Prozent. Ob ein Staat eine Demokratie oder eine Autokratie ist, wird anhand von rund 600 Parametern, darunter die Meinungs-, die Wahl- und die Versammlungsfreiheit ermittelt. Laut den Autor:innen ist die negative Entwicklung in den USA beispiellos: Von der höchsten Kategorie einer liberalen Demokratie, in der auch Österreich zu finden ist, rutschte die USA binnen kürzester Zeit in die Kategorie einer Wahldemokratie mit negativem Ausblick ab.

Aber nicht nur in Übersee gibt es negative Entwicklungen, sondern auch in der Europäischen Union selbst. Besorgniserregende Entwicklungen sind laut dem Bericht in der Slowakei, Slowenien, Italien und Kroatien festzustellen. Rückschritte bei demokratischen Prinzipien gibt es weiters in Bulgarien,

Regierungstypen bezogen auf den Anteil der Weltbevölkerung in Milliarden 1975 – 2025

Quelle: V-Dem Institute: Democracy Report 2026, S. 11
https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf



Irritierende EU-Demokratiepolitik: Weltweit und in der EU starke autokratische Tendenzen

Zypern und Portugal. Einen Lichtblick stellt nun Ungarn dar: Das EU-Land, das als einziges in die Kategorie Autokratie fällt, könnte – die Wiederherstellung demokratischer Grundprinzipien vorausgesetzt – nun wieder in die Kategorie Demokratie aufsteigen.

Ist es dringend notwendig, gegen Attacken auf die EU-Demokratie von Drittstaaten oder einflussreichen Personen entschlossen vorzugehen. Nur so lässt sich die Demokratie auch in Zeiten bewahren, in denen sie weltweit unter Druck steht.

Frank Ey, AK Wien
Frank.Ey@akwien.at

Der Weg zu einer starken Demokratie in der EU ist weiter denn je

Die Europäische Union hat wichtige Schritte gesetzt, um die Demokratien auf EU-Ebene zu stärken. Gleichzeitig haben sich die EU-Institutionen in der aktiven EU-Politik jedoch von ihren demokratischen Grundprinzipien deutlich wegbewegt. Nach außen hin

- 1 Prioritäten der EU für 2019-2024 | Europäische Union, abgerufen am 4. Mai 2026
- 2 ZDF HEUTE Ex-Mitarbeiter von EU-Abg wegen Spionage angeklagt, abgerufen am 2. Mai 2026
- 3 Einflussnahme trotz Katargate oft unbemerkt: Rechnungshof kritisiert Umgang mit Lobbyisten bei der EU, abgerufen am 2. Mai 2026
- 4 Geheime EU-Infos an Russland? Schwere Vorwürfe gegen Ungarns Regierung | Euronews, abgerufen am 2. Mai 2026,
- 5 <https://leibniz-hbi.de/elon-musk-die-afd-und-das-agenda-setting-der-radikalen-rechten/>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 6 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/warum-sich-elon-musk-in-die-deutsche-politik-einmischt,UZDFYRO>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 7 Das Gesetz über digitale Märkte und das Gesetz über digitale Dienste – einfach erklärt | Themen | Europäisches Parlament, abgerufen am 11. Mai 2026
- 8 <https://de.euronews.com/my-europe/2023/12/13/brussel-gibt-nach-ungarn-erhalt-eingefrorene-10-milliarden-euro>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 9 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/europa-eugh-freigabe-von-milliarden-an-ungarn-nichtig-a-17a35c9c-04d2-4433-9790-c6b4f5cce-9ec>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 10 Péter Magyar ringt um dringend benötigtes Geld für Ungarn - Ungarn - derStandard.at · International, abgerufen am 11. Mai 2026
- 11 https://commission.europa.eu/about/organisation/college-commissioners/michael-mcgrath_en?prefLang=de&etrans=de, abgerufen am 4. Mai 2026
- 12 <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/euds/home/highlights>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 13 Europäischen Schutzschild für die Demokratie, abgerufen am 4. Mai 2026
- 14 Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz, abgerufen am 4. Mai 2026
- 15 mit erheblicher Verspätung, abgerufen am 4. Mai 2026
- 16 https://germany.representation.ec.europa.eu/news/transparenz-politischer-werbung-kommission-veroeffentlicht-leitlinien-2025-10-08_de, abgerufen am 4. Mai 2026
- 17 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-regeln-politische-werbung-100.html>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 18 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32024R1083>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 19 <https://corporateeurope.org/en/deregulation-watch>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 20 <https://dejure.org/gesetze/EUV/11.html>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 21 <https://www.ombudsman.europa.eu/de/press-release/de/215989>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 22 <https://www.integritywatch.eu/ecmeetings.php>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 23 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-finanzierung-konservative-und-rechte-fuehren-kontrollgremium-fuer-ngos-ein-a-d020e94c-dea7-47f6-bb4a-b2fbbe5deb36>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 24 <https://de.euronews.com/my-europe/2025/05/14/eu-transparenzvorschriften-ethik>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 25 <https://www.v-dem.net/publications/democracy-reports/>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 26 <https://www.spiegel.de/geschichte/institut-fuer-demokratieforschung-demokratische-werte-unter-druck-a-8d9a90f2-0290-4471-8c52-8246cdeb731f>, abgerufen am 4. Mai 2026

GEOPOLITIK, HANDEL, RECHTSRUCK: MEHR HANDELSABKOMMEN SIND KEINE ANTWORT AUF KRISEN

Von
Theresa Kofler

„Geopolitische Notwendigkeit“ gilt gerade als Legitimation für das hohe Tempo in der EU-Handelspolitik. Auch bei österreichischen Politiker:innen verfängt dieser Zugang. Dabei hat gerade jene neoliberale Form der Handelspolitik entscheidend zu Klimakrise, sozialer Ungleichheit, Demokratieverlust und Rechtsruck – und damit geopolitischer Instabilität – beigetragen. Ein Kurswechsel ist überfällig.

EU-Mercosur, EU-Mexiko, EU-Indonesien, EU-Vereinigte Arabische Emirate, EU-Indien, EU-Malaysien, EU-Thailand, EU-Australien – die Liste der Handelsabkommen, welche die EU dieses Jahr abgeschlossen hat, voranbringen oder noch abschließen möchte, ist so lange und ambitioniert wie noch nie. Doch diese Vorgehensweise ist gefährlich kurzsichtig.

Kein Wohlstand für alle

Die neoliberale Globalisierung hat das Versprechen „Wohlstand für alle“ klar gebrochen. Ihre größten Profiteure gehören nach Milanović¹ zum reichsten 1% der Weltbevölkerung. Diese Profite fließen dann auch wieder in politische Einflussnahme zum weiteren Ausbau genau dieser Globalisierung. Die Kehrseite ist laut Milanović, dass die Mittelschicht in den OECD Staaten zu den Verlierer:innen dieser Entwicklung zählt: besonders niedrig qualifizierte Arbeit wurde zunehmend in Länder mit billigeren Löhnen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in den Peripherien ausgelagert.

Beispielhaft dafür ist der Textilcluster in Vorarlberg², der sich fast komplett gewandelt hat. Die Textilproduktion (Schneider:innen, Näher:innen, Maschinenarbeiter:innen) wurde in den globalen Süden verlagert, während vor Ort jetzt vor allem Maschinen, Metall und Elektronik produziert werden. Oder Jobs, die Faber Castell von Oberöster-

reich nach Peru umzieht³. Große Konzerne wie Lenzing⁴ oder die Voestalpine⁵ verlagern strukturell einfachere Arbeitsschritte in den globalen Süden, beliebt sind Indien, China und Brasilien.

Das Problem verschärft sich dadurch, dass viel zu wenig ausgleichende Entwicklungen im globalen Norden wie Österreich stattfinden. Während neoliberale Globalisierung zur Schaffung eines Niedriglohnsektors im Dienstleistungsbereich beiträgt⁶, wird der Sozialstaat im Zuge von neoliberalen Sparmaßnahmen zunehmend abgebaut. Darunter fallen die Klassiker von Uber⁷ bis Foodora⁸, aber auch DHL⁹, die REWE-Group bis hin zur Reinigungsbranche¹⁰. Nicht nur wurde hier zu wenig aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben, sondern der Staat gleicht das Problem auch nicht durch breiter angelegte Sozialpolitik aus. Im Gegenteil, die Tendenz in Österreich und Europa geht überall Richtung Abbau eines starken Sozialstaats.

Globalisierung und Rechtsruck

Dadurch entstehen materielle und immaterielle Sorgen unter Bürger:innen westlicher Demokratien, die sich in rechtsextremem Wahlverhalten widerspiegeln. Die Entwicklungen im Rust Belt der USA, einer de-industrialisierten Region, in der viele Menschen unter Arbeitsplatzunsicherheit oder Arbeitslosigkeit leiden, sprechen für sich: Donald Trump hätte ohne die Stimmen die-

**Globalisierung
hat ihre
Versprechen
gebrochen.**

Rechtspopulistische Parteien profitieren von Globalisierungs-Verlieren.

ser Menschen keine Wahlerfolge gefeiert. In [Österreich](#) sind zwischen 1995 und 2017 43% des Stimmenzuwachses rechtspopulistischer Parteien mit dem Job-Rückgang im verarbeitenden Sektor zu erklären¹¹.

Somit ergibt sich ein direkter (wenn auch nicht ausschließlicher) Zusammenhang zwischen neoliberaler Handelspolitik, Abwanderung von Jobs, Jobunsicherheit und dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Genau jene rechtsextremen Parteien verfolgen eine Politik auf der Weltbühne, die (Handels)kriege führt und multilaterale Institutionen, die Menschenrechte und Klima schützen, schwächt. Zentral sind hier die USA, die sowohl für völkerrechtswidrige Angriffe auf Venezuela oder den Iran verantwortlich sind, als auch aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgestiegen sind, kaum noch Gelder an die UNO zahlen, den UN-Sicherheitsrat blockieren, zahlreiche UN-Konventionen entweder nicht beitreten oder nicht ernstnehmen und im letzten Jahr zahlreiche Handelskriege angezettelt haben. Doch auch andere, wie Russland durch seinen Angriff auf die Ukraine und Blockadeverhalten im UN-Sicherheitsrat, Ungarn (noch unter Orban) durch seine Anti-EU Politik, oder Argentinien durch Milei, der sowohl den Austritt aus dem Mercosur Raum als auch dem Pariser Klimaschutzabkommen mehrfach angedroht hat, tragen zu dieser Tendenz bei.

Die genannten Abkommen und Institutionen verlieren dadurch teilweise gänzlich ihre Wirkkraft: Der UN-Sicherheitsrat ist machtlos, wenn völkerrechtswidrig Kriege begonnen werden. Oder der globale Klimaschutz mit seinen zentralen Zielsetzungen erleidet einen massiven Rückschlag. An die Stelle globaler Zusammenarbeit tritt das Recht des Stärkeren.

Made in Europe nicht möglich

Gleichzeitig werden durch neoliberale Handelsabkommen die politischen Handlungsspielräume für regionale und nationale Regierungen kleiner, um genau diesen negativen Effekten zu kontern. Ein weiteres Problem, das gerade immer deutlicher wird, ist der Bereich der öffentlichen Beschaffung. Die meisten Abkommen öffnen den Sektor der öffentlichen Beschaffung für Konzerne aus der jeweils anderen Region, was den Zugang für lokale kleine und mittelständische Unternehmen erschwert.

Der aktuelle Diskurs um „Made in Europe“ ist eng an öffentliche Beschaffung geknüpft, denn europäische Regierungen wollen über ihre eigene Beschaffung den „Made in Europe“ Trend stärken. Durch öffentliche Aufträge sollen Unternehmen aus der Region gestärkt bzw. neue Industrien gefördert werden, die als zentral für gesellschaftlich wünschenswerte Entwicklungen gesehen werden. Dadurch sollen einerseits Abhängigkeiten reduziert, aber auch Industriepolitik vorangetrieben werden. Der Ausbau bestimmter Sektoren könnte auch zu Jobs, zur Schaffung lokaler Wirtschaftskreisläufe und zu sinnvollem Wachstum in diesen Branchen führen. In Österreich könnte das beispielsweise die Bahnindustrie werden¹².

Doch gerade solche Ansätze könnten unterwandert werden, wenn die öffentliche Beschaffung hier keine Bevorzugung für lokale Unternehmen machen darf, sondern Aufträge international ausschreiben und vergeben muss. Jedes weitere Abkommen mit einem solchen Kapitel erhöht damit die Zahl der potenziellen Bewerber um ein öffentliches Projekt, und steht in direktem Widerspruch zu „Made in Europe“ Ansätzen, die darauf abzielen sollten, die europäische Resilienz zu erhöhen.

**Neoliberale
Handelsabkom-
men verklei-
nern politische
Handlungs-
spielräume.**

Und dann klagen die Konzerne

Zunehmend einschränkend für den nationalen Policy Space werden auch Klagen im Rahmen des sogenannten „Investor-State-Dispute-Settlement“ (kurz ISDS). Viele bilaterale Investitionsabkommen und Handelsabkommen beinhalten diesen „Streitbeilegungsmechanismus“, der es ausländischen Konzernen ermöglicht, bei neuen Gesetzen und Regulierungen, die sich negativ auf den Profit auswirken, vor einem internationalen Tribunal Klage einzureichen – anstatt den nationalen Weg zu gehen, den nationale Konzerne in so einer Situation auch gehen müssten.

In den letzten Jahren hat insgesamt die Zahl dieser Klagen zugenommen – und sie betrifft de facto alle gesellschaftlich relevanten Bereiche. Konzerne klagen gegen Klimaschutzmaßnahmen wie Kohle- oder Atomausstieg; bei Übergewinnsteuern oder Preisdeckeln; bei Sanktionen oder bei Cybersecurity.¹³ Während in etwa die Hälfte der Fälle im Interesse der Investoren ausgehen¹⁴, belaufen sich die Probleme des Mechanismus nicht nur auf ausgetragene Fälle, die Fallkosten und im Zweifel Zahlungen – sondern auch auf den sogenannten „chilling“ Effekt. Dieser beschreibt die Tatsache, dass Regierungen Maßnahmen aus Sorge vor Klagen damit erst gar nicht ergreifen. Berichten zufolge dauerte beispielsweise der deutsche Kohleausstieg so lange – und war so teuer für die Steuerzahler*innen – weil der Staat noch teureren ISDS-Klagen vorbeugen wollte¹⁵. Auch hier gilt demnach: jedes neue Abkommen mit ISDS (aktuell etwa mit Mexiko, Singapur und Vietnam), verlängert die Liste der Konzerne, die Österreich für soziale oder ökologische Maßnahmen verklagen könnten.

Rohstoffhunger und keine Entwicklungspolitik

Eine weitere Einschränkung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, die mit vielen Handelsabkommen einhergeht, sind Verbote von Exportbeschränkungen, nationaler Bevorzugung oder andere entwicklungspolitische Maßnahmen. Diese fallen negativ ins Gewicht, wenn Staaten beispielsweise durch vertikale Integration ihre eigene Wirtschaft entwickeln möchten und eine notwendige Voraussetzung dafür ist, Rohstoffe im Land billiger als für den Export zur Verfügung zu stellen. Mit dem geplanten EU-Indonesien Abkommen, das die oben genannten Regelungen enthält, wird dies für das asiatische Land keine Option mehr sein¹⁶. Oder

GLOBALISIERUNGSKOMPASS

Orientierungshilfe für eine gerechte Weltwirtschaft

Herausgeberin: AK Wien, Abteilung EU & Internationales



In 28 Beiträgen und 40 Grafiken zeichnet der Globalisierungskompass eine vielschichtige Landkarte der Herausforderungen der Globalisierung und zeigt verschiedene Wege und Ansatzpunkte für eine gerechte Weltwirtschaft auf. Seit 100 Jahre kämpft die Arbeiterkammer für Gerechtigkeit – und zwar weit über die Grenzen Österreichs und Europas hinaus.

Ein Druckexemplar bestellen oder online lesen unter:
www.arbeiterkammer.at/globalisierungskompass

durch den Wegfall von Einnahmen durch Exportzölle, wie sie beispielsweise infolge des EU-Mercosur-Abkommens für Argentinien Sojaexport entstehen werden¹⁷.

Gleichzeitig ist gerade der Rohstoffhunger der EU ein wichtiger Treiber für die aktuelle Handelspolitik. Während die EU im ‚Critical Raw Materials Act‘ ihren Bedarf an kritischen mineralischen Rohstoffen in den nächsten Jahrzehnten festlegt und auch mehr Abbau auf europäischem Boden fordert, werden weiterhin 90% aus Drittstaaten importiert werden (müssen). Fast alle neuen Abkommen beinhalten ein „Energy and Raw Materials Chapter“, das den Handel mit Rohstoffen regelt. Es ist insgesamt davon auszugehen, dass der Abbau von mineralischen Rohstoffen zunehmen wird. Der Bergbausektor gilt weltweit als einer der sozial und ökologisch riskantesten, da sowohl guter Arbeits- als auch Umweltschutz teuer sind und insbesondere Regelungen im globalen Süden häufig als mehr als unzureichend gelten. Alle genannten Handelsabkommen setzen keine Maßnahmen, um sozial und ökologisch gerechten Bergbau zu fördern.

Klimakrise wird angeheizt

Noch dramatischer stellen sich die Zusammenhänge zwischen internationaler Handelstätigkeit und Klimakrise dar. Alleine der Transport von Gütern um die ganze Welt macht ca. 5% der globalen Treibhausgas-Emissionen aus. Laut [IPCC](#) sind ca. 25 % der globalen Emissionen direkt oder indirekt mit globalem Handel verbunden¹⁸.

Ein detaillierter Blick auf die existierenden Handelsabkommen der EU macht deutlich, dass Handelsbarrieren vor allem für klimaschädliche Produkte abgebaut werden. Darunter fallen aber nicht nur das viel diskutierte argentinische Rindfleisch und deutsche Au-

tos so wie Pestizide, sondern auch indonesisches Palmöl, indische Fast Fashion, italienische und mexikanische Autos, brasilianisches Leder und dänisches Milchpulver. Es gibt kein einziges Handelsabkommen, das gezielt den Handel mit Solarpanelen, E-Bussen, Lastenfahrrädern, Wärmepumpen oder Bewässerungsinfrastruktur fördern würde.

In der Theorie sollten die für alle Abkommen verpflichtenden „Nachhaltigkeits-Folgen-Abschätzungen“ (SIA) dazu beitragen, dass die negativen Klimaeffekte auch entsprechend in die Aushandlung um die Abkommen integriert werden. Diese Analysen errechnen – trotz oberflächlicher Methoden – regelmäßig einen Anstieg der Treibhausgase, der allerdings angesichts der globalen Treibhausgasemissionen kleingeredet wird. Dabei müssen wir davon ausgehen, dass ein globaler Anstieg von Handelsströmen die Effekte noch verschärfen wird – ein Fakt, den diese Analysen ausnahmslos ignorieren.

Viele neuere Abkommen beinhalten ein sogenanntes Nachhaltigkeitskapitel, in dem viele Klima-Schlagwörter genannt sind. Tatsächliche Sanktionen für den Fall von Abweichungen von den Pariser Klimazielen sind aber nicht festgelegt. Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise sollte die Frage jedoch nicht lauten, ob der Anstieg von Treibhausgasen angesichts des Gesamtausstoßes signifikant ist, sondern ob das Abkommen aktiv zum Klimaschutz beiträgt.

Mehr Handelsabkommen gießen Öl ins Feuer

Die Erfahrungen von 30 Jahren neoliberaler Globalisierung machen deutlich: Handelsabkommen können die Krisen des 21. Jahrhunderts nicht lösen, sondern befeuern diese noch. Die Instrumentalisierung der geopolitischen Lage zur Legitimation

Verbote von Exportbeschränkungen, nationaler Bevorzugung oder andere entwicklungs-politische Maßnahmen hemmen wirtschaftliche Entwicklung von Nationalstaaten.

weiterer neoliberaler Handelsabkommen erhöht die Gefahr, dass wir immer weiter in die Krise schlittern. Bemerkenswert ist nämlich auch, dass die EU anstatt mehr ausgleichende Schutzmaßnahmen einzubauen, um negative Effekte abzufedern, genau das Gegenteil tut: die neuen Abkommen, beispielsweise mit Indien, beinhalten kaum soziale und ökologische Schutzmaßnahmen. Außer Acht gelassen wird außerdem die Frage, wie sich die Effekte so vieler neuer Handelsabkommen gegenseitig beeinflussen werden.

Perspektivenwechsel notwendig

Wer angesichts dieser deutlichen Dynamik unter dem Deckmantel angeblich geostrategischer Notwendigkeiten reflexhaft nach neuen Handelsabkommen der alten Art ruft, argumentiert gefährlich kurzsichtig. Denn die Alternative zur heutigen Handelspolitik ist keineswegs Abschottung, sondern eine andere Form von Zusammenarbeit, Austausch und globaler Verantwortung.

Ca. 25 % der globalen Emissionen sind direkt oder indirekt mit globalem Handel verbunden.

Entscheidend ist nicht, ob Länder miteinander Handel treiben, sondern was gehandelt wird, nach welchen Regeln dieser Handel zustande kommt, wer von ihm profitiert und wer die Risiken trägt. Gerade in einer Zeit multipler Krisen muss Handelspolitik daran gemessen werden, ob sie Abhängigkeiten reduziert statt vertieft, Versorgungssicherheit stärkt statt Erpressbarkeit erhöht und gesellschaftliche Resilienz aufbaut. Leitend müssen die Fragen sein: Verbessert der Austausch von Waren und Dienstleistungen die Arbeitsbedingungen von Menschen? Trägt er zur Eindämmung der Klimakrise bei? Stärkt er Menschenrechte, Ernährungssouveränität und eine demokratisch abgesicherte Energiewende? Ermöglicht er eine sozial gerechte Mobilitätswende?

Es gibt Alternativen

Es gibt Alternativen: Abkommen, die soziale, ökologische und demokratische Kooperation in den Mittelpunkt stellen, können internationale Beziehungen tatsächlich verbessern.

Dafür braucht es **erstens** deutlich transparentere und demokratischere Prozesse. Statt jahrelang hinter verschlossenen Türen hunderte Seiten umfassende Vertragswerke zu verhandeln, die Parlamente und Zivilgesellschaft erst nach Abschluss zu Gesicht bekommen, braucht es flexible sektorale Vereinbarungen, klare öffentliche Mandate und echte Mitsprache.

Zweitens muss Wertschöpfung wieder stärker vor Ort stattfinden. Das betrifft Landwirtschaft, Energieversorgung und industrielle Entwicklung gleichermaßen. Öffentliche Güter und zentrale Infrastrukturen müssen öffentlich, demokratisch organisiert und regulierbar bleiben, damit gesellschaftliche Interessen Vorrang vor kurzfristigen Marktlogiken haben.

Drittens würde eine Priorisierung auf Klimaschutz und Menschenrechte bedeuten, dass diese Themen nicht in einzelnen unsanktionierbaren Kapiteln abgearbeitet werden, sondern alle Kapitel sich an diesen Zielen orientieren müssen. Handel muss beispielsweise zu einer Energiewende oder Mobilitätswende in beiden Regionen beitragen; Handel muss Ernährungssouveränität und kleinbäuerliche Landwirtschaft ermöglichen; Handel muss gute Jobs schaffen; Handel darf indigene Rechte nicht gefährden.

Gerechter Welthandel ist deshalb keine Verzichtserzählung. Er kann Lieferketten robuster machen, regionale Ernährungssysteme

Geopolitik, Handel, Rechtsruck: Mehr Handelsabkommen sind keine Antwort auf Krisen

Alternativen fokussieren auf nachhaltige Regionalisierung und internationale Solidarität.

stärken, die Dekarbonisierung beschleunigen und nachhaltige Partnerschaften schaffen. Handelspolitik betrifft nahezu alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche.

Ausblick

Seit Beginn der neoliberalen Globalisierung setzt sich die globale Zivilgesellschaft für gerechten Welthandel ein. So etwa 1999 bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation in Seattle, mit der Stop-GATS-Kampagne (globales Abkommen zum Handel von Dienstleistungen), gegen Handelsabkommen wie TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) oder zuletzt EU-Mercosur und für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT). Wir organisieren uns in Österreich in der Plattform Anders Handeln, in Deutschland im Netzwerk Gerechter Welt-

handel und in der EU über die European Trade Justice Coalition. Wir recherchieren die intransparenten Verhandlungsprozesse, wir erarbeiten Materialien, informieren Presse und Unterstützer*innen, treffen uns mit Entscheidungsträger*innen - alles mit dem Ziel, neoliberale Abkommen zu stoppen und eine Kehrtwende hin zu gerechter Handelspolitik einzuleiten. In den nächsten Monaten werden wir uns auf die Abkommen mit Indonesien, Indien, Australien und den USA fokussieren. Informiert euch bei uns und macht mit!

Theresa Kofler, Koordinatorin der Plattform „Anders Handeln“, theresa.kofler@anders-handeln.at

- 1 Branko Milanović (2020): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht.
- 2 Renate Graber (2023): Vorarlberg: Das Land, das vom Spinnen zum Dimmen kam <https://www.derstandard.at/story/3000000182566/vorarlberg-das-land-das-vom-spinnen-zum-dimmen-kam>
- 3 Philipp Stadler (2025): Faber-Castell sperrt Werk in Oberösterreich zu. <https://www.krone.at/3924451>
- 4 Kurier (2025): Kahlschlag bei Lenzing: Abbau von 600 Jobs beschlossen <https://kurier.at/wirtschaft/lenzing-jobabbau-arbeitsmarkt-industrie-oberoesterreich/403088580>
- 5 VoestAlpine 24/25: <https://reports.voestalpine.com/2425/gb/konzernlagebericht/nichtfinanzielle-erklaerung/allgemeine-informationen/esrs-2-strategie/sbm-1-strategie-geschaeftsmodell-und-wertschoepfungskette.html>
- 6 Sandra Leitner & Alireza Sabouniha (2024): Offshoring, technological change, labour market institutions and the demand for typical and atypical employment in Europe. <https://wiw.ac.at/offshoring-technological-change-labour-market-institutions-and-the-demand-for-typical-and-atypical-employment-in-europe-dlp-7089.pdf>
- 7 Koss (2025): Komplexes Geflecht gegen Arbeitsrechte <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1192637.plattformoekonomie-komplexes-geflecht-gegen-arbeitsrechte.html>
- 8 Theresa Goisauf (2024) Plattformarbeit: Ein Blick über den Tellerrand <https://ak-aktuell.at/themen/arbeit/plattformarbeit-ein-blick-ueber-den-tellerrand> <https://ak-aktuell.at/themen/arbeit/plattformarbeit-ein-blick-ueber-den-tellerrand>
- 9 Johannes Greß (2023): Unmenschliche Arbeitsbedingungen: Studie zeigt Schattenseiten der Paketdienste. <https://www.arbeit-wirtschaft.at/paketdienste-arbeitsbedingungen-zusteller-amazon-post-dpd-dhl-gls/>
- 10 Arbeiterkammer Wien (2023): Reinigungsbranche: Nicht alles ganz sauber? https://wien.arbeiterkammer.at/service/presse/Reinigungsbranche_unter_der_Lupe.html
- 11 Karim Bekhtiar (2023): The decline of manufacturing employment and the rise of the far-right in Austria, Working Paper, No. 2309, Johannes Kepler University of Linz, Department of Economics, Linz <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/289842/1/1885395167.pdf>
- 12 Mobilitätswende Produzieren (2025) <https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/verkehr-und-mobilitaet/mobilitaetswende-produzieren/Mobilitaetswende.html>
- 13 Eine umfassende Sammlung von Fällen ist hier <https://10isdstories.org/> zu finden.
- 14 UNCTAD (2024): https://unctad.org/system/files/official-document/diaepcbinf2024d5_en.pdf
- 15 Powershift (2021): <https://power-shift.de/en/warum-der-deutsche-kohleausstieg-so-kompliziert-und-teuer-ist-neue-dokumente-zeigen-befuerchtungen-der-bundesregierung-vor-energiecharta-klagen/>
- 16 European Commission (2025): https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/indonesia/eu-indonesia-agreements/key-elements-eu-indonesia-trade-agreement-and-investment-protection-agreement_en
- 17 Powershift (2025): https://power-shift.de/wp-content/uploads/2025/07/PowerShift_Handelspolitik_EU-Mercosur-Abkommen-ante-portas.pdf
- 18 IPCC (2021): <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg3/chapter/chapter-2/>

EU-HAUSHALT AB 2028: WENIGER MITTEL FÜR DEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN UMBAU?

Von
Bastian Henriquez
Blauth

Ein Jahr nachdem die EU-Kommission ihren Entwurf für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 vorgelegt hat, nehmen die Verhandlungen um das nächste EU-Budget an Fahrt auf. Zentrale Streitpunkte stellen das veranschlagte Volumen des nächsten EU-Haushalts und die geplante Bündelung und Zentralisierung der EU-Strukturfonds dar. Kritiker:innen befürchten erhebliche Investitionslücken und eine Schwächung der EU-Kohäsionspolitik.

EU-Haushalt ab 2028: Ausgangslage und Eckdaten

Am 16. Juli 2025 legte die EU-Kommission ihren Entwurf für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 vor.¹ Der Entwurf bildete den Auftakt intensiver politischer Verhandlungen sowie hitziger Debatten unter EU-Expert:innen und Interessenvertretungen. Diese drehen sich vor allem um die Frage, ob das Volumen des MFRs zu gering oder zu hoch ausfällt sowie um geplante tiefgreifende Veränderungen in der EU-Kohäsionspolitik.² Bis 2027 müssen sich die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf einen gemeinsamen Finanzrahmen verständigen, damit dieser rechtzeitig in Kraft treten kann.³ Zu erwarten ist, dass das Ringen um den nächsten EU-Haushalt – traditionell eines der sensibelsten politischen Themen in der EU – dieses Mal besonders zäh werden könnte.⁴

Im Juli 2025 wurde von der EU-Kommission ein Vorschlag für die Gestaltung des zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) präsentiert, der seither für heftige Debatten sorgt.

Der Vorschlag sieht ein Volumen von 2 Billionen Euro vor. Dies scheint im Vergleich zum aktuellen MFR (2021–2027), der ein Volumen von 1,2 Billionen Euro umfasst, zunächst wie eine deutliche Erhöhung. Jedoch beinhaltet diese Zahl Inflationsprognosen für das nächste Jahrzehnt – zieht man stattdessen die realen Preise von 2025 heran, schrumpft das Volumen auf 1.760 Mrd. €. Dies entspricht 1,26% des Bruttonationaleinkommens

(BNE) der EU. Der MFR 2021–27 wies ein Volumen von 1,13 % des BNE auf. Hinzu kommt jedoch, dass das vorgeschlagene Volumen von 1.760 Mrd. € Schuldentrückzahlungen für den Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU in der Höhe von 149 Mrd. € beinhaltet, die ab 2028 getilgt werden sollen. Zieht man diese Rückzahlungen ab, landet man statt bei 1,26% des BNE nur noch bei einem Volumen von 1,15% des BNE.⁵

Das Gesamtvolumen des EU-Haushalts – zu viel oder zu wenig?

Damit liegt die tatsächlich zur Verfügung stehende Erhöhung bei lediglich 0,02 Prozent des EU-BNE. Überdies gilt zu berücksichtigen, dass die finanziellen Ressourcen des aktuellen MFR durch den Aufbaufonds NextGenerationEU – der quasi ein Sondervermögen bildet – de facto 1,8% des EU-BNE betragen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnt deshalb davor, dass der nächste EU-Haushalt nicht nur stagniert, sondern, dass der EU „künftig weniger Spielraum zur Finanzierung ihrer Förderprogramme und Investitionen“⁶ zur Verfügung stehen könnte. Gleichmaßen kritisieren der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)⁷ und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss⁸ den Entwurf der Kommission und fordern ein wesentlich ambitionierteres Budget.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wird einmal mehr die „Nettozahler-Debatte“ befeuert.

Eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass „der Kuchen relativ klein bleibt, während neue Prioritäten hinzukommen“⁹. Im Vergleich zu den nationalen Haushalten bleibe der MFR „winzig“. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem der finanzielle Spielraum vieler Mitgliedstaaten schrumpft (derzeit befinden sich 10 Länder in Folge der Wiedereinführung der EU-Fiskalregeln im Jahr 2024 in einem EU-Defizitverfahren)¹⁰ und die Erwartungen an die EU stetig wachsen: von der Unterstützung der Ukraine über den Umgang mit geoökonomischen Spannungen bis hin zur Bewältigung der fortschreitenden Klimakrise.

Anderen wichtigen Akteuren in den Haushaltsverhandlungen geht der Entwurf trotzdem noch zu weit. Obwohl der Entwurf höchstens eine marginale Ausweitung des Finanzrahmens bedeutet, wurde der Vorschlag von der Deutschen Bundesregierung postwendend abgelehnt.¹¹ Ein Anwachsen des EU-Haushalts sei in Zeiten „in denen fast alle Mitgliedstaaten härteste Konsolidierungsanstrengungen zu Hause unternehmen“ nicht vermittelbar, so der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz.¹² Auch die österreichische Europa-Ministerin Claudia Bauer positioniert sich für ein geringeres Gesamtvolumen.¹³ Im November des Vorjahres organisierte sie ein Koordinierungstreffen mit anderen Mitgliedstaaten, die auf Haushaltsdisziplin pochen. Das Nachrichtenportal Politico berichtete damals unter der Schlagzeile „**The Frugal Empire Strikes Back**“.¹⁴ Teilgenommen haben an diesem Treffen gleichgesinnte Mitgliedstaaten (u.a. die Niederlande, Finnland, Irland, Schweden und Deutschland), die mehr Geld in den EU-Haushalt einzahlen, als sie daraus zurückbekommen.

Die BRD stellte in der Coronakrise ihre restriktiven Vorstellungen von Fiskalpolitik hinten und stimmte einer gemeinsamen europäischen Verschuldung und Umverteilung im Rahmen von NextGenerationEU zu.

Nettozahler vs. Nettoempfänger?

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wird so einmal mehr die („leidige“)¹⁵ „Nettozahler-Debatte“ befeuert: Die Differenz zwischen den finanziellen Beiträgen der einzelnen Mitgliedstaaten an die EU und den Mitteln, die sie von der EU erhalten, führt entweder zu einem positiven Saldo (Nettoempfänger) oder zu einem negativen Saldo (Nettozahler). Die Frage, ob sich aus der EU-Mitgliedschaft für einen Staat mehr Vor- oder Nachteile ergeben, lässt sich gleichwohl nicht nur durch die Betrachtung dieser Differenz beantworten. Denn dadurch bleiben zahlreiche Faktoren wie die politische Stabilität, der freie Personenverkehr oder der gemeinsame Binnenmarkt (von dem Deutschland besonders profitiert¹⁶) unberücksichtigt.¹⁷ Während die oben genannten fiskalisch zurückhaltenden Staaten einen schlanken Haushalt einmahnen, sprechen sich dreizehn Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Spanien und Polen, klar für einen umfangreicheren MFR aus, wie eine Analyse des Nachrichtenportals Euractiv zeigt.¹⁸

Bei diesen 13 Staaten handelt es sich vorwiegend um Nettoempfänger, die am stärksten von EU-Fördermitteln profitieren – aber nicht ausschließlich. Auch Frankreich und Dänemark sprechen sich etwa für mehr finanziellen Spielraum aus. Obwohl Frankreich der zweitgrößte Nettozahler ist, gilt es traditionell als Befürworter eines üppigeren Haushalts. Dies liegt einerseits daran, dass französische Landwirt:innen enorm von den Hilfen der Gemeinsamen Agrarpolitik profitiert. Andererseits aber auch daran, dass es ein umfangreicheres Budget als wichtiges Instrument europäischer Souveränität und geopolitischer Handlungsfähigkeit versteht.¹⁹ (Etwa in den Bereichen Verteidigung und Industriepolitik). Dänemark, das auch Nettozahler ist und eigentlich zu den traditionell frugalen Staaten

gehört, spricht sich vor allem aufgrund anhaltender geopolitischer Herausforderungen, insbesondere des Ukrainekriegs, diesmal für einen üppigeren MFR aus.²⁰

schon länger als entschiedener Befürworter gemeinsamer EU-Schulden auftritt, von Italiens Ministerpräsidentin und ihrem spanischen Amtskollegen.²⁴

Die Kohäsionspolitik ist ein zentraler Budgetposten der EU und fördert Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Umwelt- und Bildungspolitik.

Wichtig zu erwähnen ist, dass nicht nur die Höhe des EU-Haushalts von Bedeutung ist, sondern auch woraus sich dieser speist. Derzeit wird das EU-Budget vorwiegend über nationale Mitgliedsbeiträge aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert, also letztlich insbesondere von europäischen Arbeitnehmer:innen über Lohn- und Verbrauchsteuern. Um einen umfangreicheren EU-Haushalt zu erzielen, ohne diese Gruppe weiter zu belasten, wären neue Beiträge von Nöten, die von der EU direkt eingehoben werden, beispielsweise eine EU-Finanztransaktionssteuer, eine Kerosinsteuer oder eine Abgabe für große Digitalkonzerne. Solche neuen Eigenmittel werden auf EU-Ebene zwar (immer wieder) diskutiert. Eine Einigung ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, da es die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten bräuchte.²¹

Doch sowohl der deutsche Bundeskanzler als auch hochrangige deutsche Diplomatinen erteilten dieser Idee eine Absage. Sie bezeichnen Macrons Forderung als „Ablenkungsmanöver“²⁵, plädieren stattdessen für „Strukturreformen“ und unterstreichen damit die traditionell ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber gemeinsamen EU-Schulden. Schon auf den einflussreichen Draghi-Bericht²⁶, welcher die Notwendigkeit massiver Investitionen angesichts anhaltender wirtschaftlicher Probleme in der EU betonte, reagierte Merz mit dem Versprechen alles zu tun „um zu vermeiden, dass sich diese Europäische Union in eine Verschuldungsspirale hineinbegibt“²⁷. Das während der Coronakrise vereinbarte gemeinsame Anleiheprogramm NextGenerationEU bezeichnete er als Ausnahme.

Die Diskussion um gemeinsame europäische Schulden

Konfliktträchtig ist zudem die Diskussion rund um die Schuldenrückzahlung für den Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU und die Frage, ob die EU wieder gemeinsame Schulden aufnehmen sollte, um dringend erforderliche Investitionen zu tätigen.²² Ende April 2026 sprach sich der französische Präsident Emmanuel Macron dafür aus, die Rückzahlung der Schulden aus der Corona-Zeit über einen längeren Zeitraum zu strecken und neue gemeinsame europäische Schulden aufzunehmen.²³ Dadurch müsste die EU nicht sofort ab 2028 mit der Schuldenrückzahlung beginnen, was Spielräume für produktive Ausgaben schaffen würde. Rückendeckung dafür erhält Macron, der

Die Kohäsionspolitik als Streitthema

Die Konfliktlinien verlaufen nicht nur zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Auch das Europäische Parlament zeigt sich mit dem vorgesehenen Umfang des Finanzrahmens unzufrieden und positioniert sich gegen die Kommission und jene Mitgliedstaaten, die auf einen kleineren Haushalt drängen.²⁸ Am 28. April 2026 stimmte das Parlament mit einer deutlichen Mehrheit für eine neue Position zu den Haushaltsverhandlungen.²⁹ Das EU-Parlament schlägt vor, das Volumen des MFR um 10 % zu erhöhen und die Rückzahlung der Schulden aus dem Corona-Aufbaufonds außerhalb des MFR anzusiedeln. Des Weiteren fordern die Abgeordneten eine ausreichende und klar zweckgebundene Finanzierung für die europäische Kohäsionspolitik.³⁰

EU-Haushalt ab 2028: Weniger Mittel für den Sozialen und Ökologischen Umbau?

Die zentralen Instrumente der Kohäsionspolitik stellen die vier Europäischen Strukturfonds dar: der Europäische Sozialfonds (ESF+), der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds und der Just Transition Fund (JTF). (Siehe Tabelle.)

Das Fördervolumen dieser Fonds ist seit den 1990er Jahren sukzessive gestiegen. Für die laufende Förderperiode 2021–2027 stehen etwa 373 Mrd. Euro (in Preisen 2018) oder rund ein Drittel des MFR zur Verfügung.³¹ Diese Strukturfonds haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur beachtliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte bewirkt, sondern ebenso das Vertrauen in die

EU-Institutionen gestärkt und dadurch den sozialen Zusammenhalt sowie eine gemeinsame europäische Identität gefördert.³² Die Kohäsionspolitik ist also nicht nur ein zentraler Budgetposten, sondern ebenso ein bedeutendes Politikfeld (das im EU-Primärrecht verankert ist³³), dessen integrationspolitische Relevanz im Laufe der Zeit stetig gewachsen ist.³⁴

Historische Änderungen in der Kohäsionspolitik

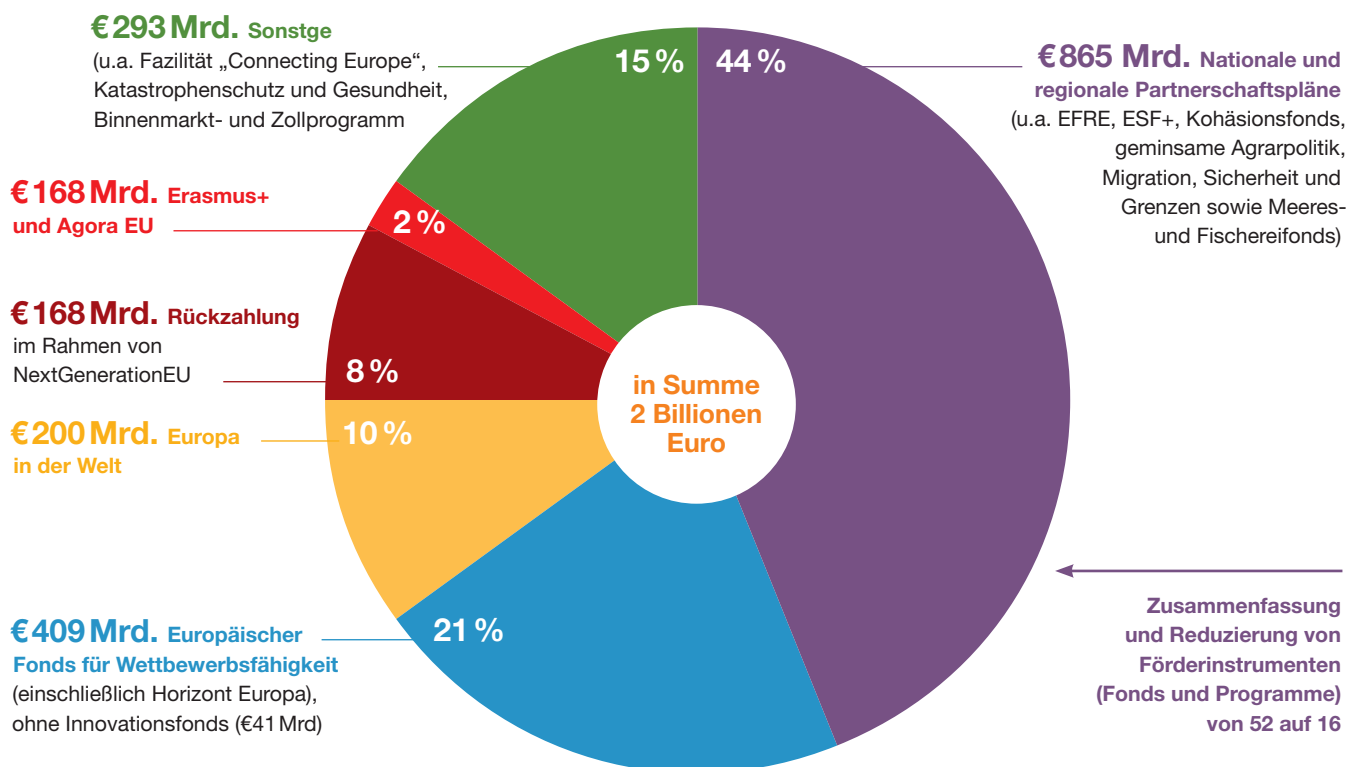
Der Entwurf sieht vor, die vier bisher eigenständigen Strukturfonds in einem neuen Dachfonds - dem „Europäischen Fonds für wirtschaftliche, territoriale, soziale, ländliche und maritime Entwicklung, für nachhaltige

Strukturfonds der EU-Kohäsionspolitik samt aktuellem Fördervolumen (2021 – 2027)	Ziele des Fonds
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE): 226 Mrd. Euro	Fördert die Entwicklung und strukturelle Anpassung ärmerer Regionen und Regionen mit Strukturproblemen – Finanzierungsschwerpunkte sind Forschung, Innovation, Umweltschutz und die Unterstützung privater und öffentlicher Investitionen, z. B. in die Infrastruktur
Europäischer Sozialfonds (ESF+): 99 Mrd. Euro	Wichtigstes arbeitsmarktpolitisches Förderinstrument der EU: fördert Maßnahmen zur Vermeidung & Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und verbessert Beschäftigungschancen durch Ausbildung und Qualifizierung
Just Transition Fonds (JTF): 19,3 Mrd. Euro	Ziel ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft in jenen Regionen und Kommunen abzumildern, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder treibhausgasintensiven industriellen Prozessen besonders stark vom diesem Strukturwandel betroffen sind
Kohäsionsfonds: 48 Mrd. Euro	Unterstützt Investitionen in Mitgliedstaaten, deren Bruttonational-einkommen pro Kopf weniger als 90 % des EU-Durchschnitts beträgt, insbesondere in den Bereichen Umwelt – etwa nachhaltige Entwicklung und Energie – sowie in transeuropäische Netze der Verkehrsinfrastruktur

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Becker (2025),

<https://www.swp-berlin.org/10.18449/2025S05/>, abgerufen am 21. Mai. 2026.

EU-Haushalt ab 2028: Weniger Mittel für den Sozialen und Ökologischen Umbau?



Struktur des neuen mehrjährigen Finanzrahmens 2028 – 2034

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Europäisches Parlament (2026)

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI\(2026\)782606](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2026)782606), abgerufen am 21. Mai. 2026.

Wohlfahrt und Sicherheit" - zu bündeln. Effektiv abgewickelt werden soll dieser Dachfonds mit einem Gesamtvolumen von 865 Mrd. € künftig über einen einzelnen „Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplan“ (NRPP)³⁵ pro Mitgliedstaat, in dem unter anderem die Kohäsionspolitik, die Agrarpolitik sowie Maßnahmen in den Bereichen Migration und Sicherheit zusammengeführt werden sollen (siehe Grafik). Die Federführung für die Ausarbeitung und Umsetzung des Plans läge künftig nicht mehr bei der regionalen, sondern der nationalen Ebene des jeweiligen Mitgliedstaats.

Im Zuge dieser Neustrukturierung sind Kürzungen in diesen traditionellen Politikbereichen vorgesehen, während die Ausgaben für Verteidigung, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden sollen.³⁶ Da der MFR

sehr begrenzt bleibt und gleichzeitig mehr und neue Prioritäten abdecken soll, versucht die Kommission Zielkonflikte zu entschärfen, indem sie den Haushalt „flexibler“ gestaltet. Die Option, „Geld innerhalb großer Fonds leichter zu verschieben“³⁷ bzw. weniger Vorabzuteilungen für spezielle Bereiche als bisher auszuweisen, soll der Kommission und den Mitgliedstaaten mehr Spielraum geben, auf neue Herausforderungen und etwaige Krisen zu reagieren. Die Gefahr für vermehrte Verteilungskämpfe liegt auf der Hand: Im neuen System hätten Regionen und bislang priorisierte Politikbereiche keinen automatischen Anspruch mehr auf bestimmte Mittel, sondern ihre Interessenvertretungen müssten ihre Anteile auf nationaler Ebene aushandeln und laufend begründen. Der DGB warnt in diesem Kontext vor einem „dauerhaften Verteilungskonflikt zwischen sozialer

Das Semester ist ein jährlicher Zyklus, bei dem die Mitgliedstaaten ihre nationalen Haushaltsentwürfe und Reformvorschläge mit der Kommission und dem Rat abstimmen.

Gerechtigkeit, regionaler Entwicklung und sicherheitspolitischen Zielen“.³⁸

Die geplanten Änderungen bei der Struktur und Abwicklung der Kohäsionspolitik im Haushaltsentwurf der Kommission beschäftigen das EU-Parlament nun bereits seit einem Jahr und stoßen auf fraktionsübergreifende Ablehnung.³⁹ Bereits im November des Vorjahres drohte das EU-Parlament mit einer Blockade der Haushaltsverhandlungen, welche Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen durch Zugeständnisse abwenden konnte. Diese bezogen sich auf eine eigenständigere Gemeinsame Agrarpolitik, eine geringfügige Stärkung der Regionalregierungen bei der Erstellung der NRPPs und mehr zweckgebundenes Geld für ländliche Regionen. Friedlich stimmten diese allerdings primär die Abgeordneten der Europäischen Volkspartei, während die Fraktion der Sozialdemokraten „kosmetische Änderungen“ kritisierte.⁴⁰

Kritik an den Reformvorschlägen

Andrés Rodríguez-Pose, Vorsitzender der von der EU-Kommission einberufenen „Hochrangigen Gruppe für die Zukunft der Kohäsionspolitik“, sieht in den NRPPs einen bedenklichen Kurswechsel.⁴¹ Während die EU-Kommission den Entwurf als „straffer, flexibler und wirkungsvoller“⁴² bezeichnet, warnt er davor, bis zu 14 Förderprogramme in einem einzigen „Megafonds“ zusammenzuführen. Wenn keine festen Mittelanteile für Bereiche wie ländliche Entwicklung oder Beschäftigungspolitik vorgesehen sind, ergebe sich erstens das Risiko, dass Regionen und Kommunen mit Landwirten um Finanzmittel konkurrieren müssten oder unterschiedliche Politikbereiche gegeneinander ausgespielt werden. Zweitens käme die pauschale Mittelverteilung über nationale Pläne einer Nationalisierung der

EU-Investitionsprogramme gleich, sodass regionale Planungsbehörden und andere Interessenvertretungen in den Hauptstädten um politische Berücksichtigung und Mittelzuweisungen werben müssten. Zu erwarten ist, dass jene Politikbereiche finanziell priorisiert werden, die über die stärkste Lobby verfügen.⁴³

Ein solcher Ansatz würde die grundlegenden Prinzipien der Kohäsionspolitik - ihre demokratische Legitimation, den ortsbezogenen Ansatz sowie die Partnerschaften mit regionalen und lokalen Akteuren - potenziell aushebeln.⁴⁴ Durch die Verlagerung der Entscheidungsfindung auf die nationale Ebene könnten Sozialpartner und regionale Behörden, die maßgeblich dazu beitragen, Investitionen an lokale Bedürfnisse und Arbeitsmarktsituationen anzupassen, an den Rand gedrängt werden.⁴⁵ Damit ist die Gefahr verbunden, dass Mittel nicht mehr dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Ähnliche Entwicklungen waren bereits bei der Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne zu beobachten, die die Mitgliedstaaten im Rahmen von NextGenerationEU vorlegen mussten. Diese folgten einem Top-Down-Ansatz, bei dem die Programmplanung ausschließlich zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten ausgehandelt wurde. In den meisten Ländern hatten lokale und regionale Verwaltungen dementsprechend kaum ein Mitspracherecht bei der Vorbereitung, Umsetzung und Überwachung der Pläne und zivilgesellschaftliche Stimmen blieben weitgehend unberücksichtigt. Im Gegensatz zur Planung der Strukturfonds kam es so zu einer mangelhaften Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse und weniger demokratischer Beteiligung.⁴⁶ Diese Struktur – nationale Pläne,

zentrale Koordinierung und minimale Bürger:innenbeteiligung – könnte nun als Vorbild für das reguläre Budget dienen.⁴⁷

Cash for reforms?

Kritisch wird auch das Vorhaben gesehen, die Auszahlung von EU-Mitteln an die Erfüllung von Meilensteinen zu koppeln, die auf den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters basieren.⁴⁸ Mitgliedstaaten müssten in ihren NRPPs unter anderem darlegen, wie sie gedenken, diese Empfehlungen, die bislang in technokratischen Verfahren ohne parlamentarische Beteiligung formuliert werden, umzusetzen.⁴⁹ Gemäß diesem „cash-for-reform“-Modell⁵⁰, das sich ebenso an NextGenerationEU orientiert, sollen Zahlungen für die NRPPs erst nach dem Erreichen von Investitionszielen und Reformen freigegeben werden. Damit könnten „Empfehlungen“ zu einem zwingenden Instrument werden, deren Umsetzung möglicherweise nicht im Interesse der Mitgliedstaaten läge.

Im Rahmen von NextGenerationEU hat Österreich erst jüngst Fördermittel in Höhe von über 1,6 Milliarden Euro erhalten, obwohl der entsprechende Antrag bereits vor mehr als eineinhalb Jahren gestellt wurde. Zuvor waren neben Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele auch Zusagen zu Reformen im Pensionsbereich erforderlich.⁵¹ Auch der DGB kritisiert diese Verzahnung zwischen der EU-Kohäsionspolitik und dem Europäischen Semester scharf: Eine Kopplung zwischen dem Europäischen Semester und den Kohäsionsfonds könnte dazu führen, dass die Mitgliedstaaten vermehrt unter Druck gesetzt werden, „sachfremde und aus wirtschaftspolitischer Sicht kontraproduktive Reformauflagen“ umzusetzen.⁵²

Die Zukunft des ESF+

Zu bemängeln ist schließlich, dass die Abschaffung des Europäischen Sozialfonds+ und des Just Transition Fonds als eigenständige Fonds mit einer enormen Kürzung der Mittel für das Europäische Sozialmodell einhergehen würden. Vor allem der ESF+ stellt aktuell ein zentrales Instrument zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte dar und gilt als Hebel zur Förderung von Beschäftigung, Bildung und sozialer Inklusion.⁵³ Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sowie der EGB warnen deshalb davor, ihn als eigenständigen Fonds abzuschaffen.⁵⁴ Zwar schlägt die Kommission vor, 14% innerhalb der NRPPs für soziale Investitionen einzuplanen. Das würde allerdings nicht nur eine nominelle Verringerung von rund 26% gegenüber den ESF+-Mitteln in der laufenden Finanzperiode bedeuten.⁵⁵ Darüber hinaus fehlen – anders als bislang vorgeschrieben – verbindliche Vorgaben zur anteilmäßigen Verwendung der Sozialausgaben der Mitgliedstaaten, etwa in Form zweckgebundener Mittel für soziale Inklusion oder Armutsbekämpfung. Letztlich bleibt zu befürchten, dass das 14 %-Ziel, im Vergleich zur derzeitigen Struktur, einen erheblichen Spielraum in Bezug auf die tatsächliche Verwendung und Höhe von Sozialausgaben lässt. Somit besteht die Gefahr, dass die Mittel zukünftig verstärkt an nationale Prioritäten ausgerichtet oder zur Deckung von Haushaltslücken verwendet werden, während regionale und soziale Ziele das Nachsehen haben.

Weniger Mittel für den gerechten Übergang

Auch die Abschaffung des Just Transition Fonds würde einen empfindlichen Rückschritt bedeuten. Der neueste Strukturfonds wurde erst 2020 als zentrale soziale Kom-

Die geplante Abschaffung des jüngsten Strukturfonds, der sich an besonders vom Strukturwandel betroffene Regionen richtet, würde einen Rückschritt bedeuten und läuft dem Anspruch der Kommission „niemanden zurückzulassen“ zuwider.

2027 wird in einigen großen Mitgliedstaaten gewählt – insbesondere die Aussicht, dass in Frankreich eine rechts-populistische Partei gewinnen könnte, setzt die Mitgliedstaaten unter Zeitdruck bis Ende 2026 fertig zu verhandeln.

ponente des Europäischen Grünen Deals (EGD) und wichtigstes Werkzeug des Just Transition Mechanism⁵⁶ eingeführt. Dieser setzt sich zum Ziel, im Zuge der Umsetzung des EGD „niemanden zurückzulassen“ und „Regionen und Menschen in die Lage zu versetzen, die sozialen, beschäftigungsspezifischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Übergangs zu den energie- und klimapolitischen Vorgaben der Union für 2030“⁵⁷ zu bewältigen.

Das Hauptaugenmerk liegt folglich auf jenen Gebieten, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder treibhausgasintensiven industriellen Prozessen am stärksten vom Übergang betroffen sind. Gefördert wurden durch den JTF u.a. Investitionen in Forschungstätigkeiten oder die Umschulung von Beschäftigten. Auch wenn seine Implementierung in vielen Mitgliedstaaten bisher oftmals nicht reibungslos verlief⁵⁸, gilt festzuhalten, dass der Fonds einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, den Strukturwandel in betroffenen Regionen (etwa in Polen, Deutschland und Spanien) sozial ausgewogener zu gestalten und die Akzeptanz für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu erhöhen.⁵⁹

Durch seine Integration in die NRPPs könnte er seine Wirkung verlieren. Die JTF-Mittel durften bisher nur in ausgewählten Regionen eingesetzt werden. Doch ab 2028 könnte die Entscheidungshoheit für die Mittelaufteilung im Rahmen der NRPPs auf die Mitgliedstaaten übergehen. Dadurch gäbe es keine klare Zweckbindung mehr für Regionen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.⁶⁰ Erstaunlicherweise sprach Kommissionspräsidentin Von der Leyen noch 2024 in ihren politischen Leitlinien von einer Erhöhung der finanziellen Mittel für den gerechten Wandel im nächsten MFR.⁶¹ In seiner derzei-

tigen Ausgestaltung würde der Entwurf aber zu einer empfindlichen Kürzung für Initiativen des gerechten Wandels führen⁶². Und das, obwohl selbst eine von der EU-Kommission eingesetzte Expert:innengruppe kürzlich zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der Just Transition Mechanism – mit dem Just Transition Fonds als zentralem Instrument – beibehalten werden sollte.⁶³

Verhandlungen unter Zeitdruck

Rund ein Jahr nach Vorlage des Entwurfs der Kommission für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen intensivieren sich die Haushaltsverhandlungen zunehmend. An Wünschen nach neuen Ausgaben mangelt es nicht. Der Ruf nach einer stärkeren Unterstützung für eine wettbewerbsfähige, widerstandsfähige und dekarbonisierte Wirtschaft sowie nach dem Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie führt zu einem erheblichen Bedarf an öffentlichen Investitionen. Gleichzeitig verschwinden alte Prioritäten nicht einfach: Landwirt:innen und Regierungen in wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten erwarten weiterhin, dass die EU Unterstützungszahlungen an die Landwirtschaft und Regionalentwicklung leistet. Zugleich ziehen viele Mitgliedstaaten gegen einen ambitionierteren Haushalt zu Felde – und das, obwohl der Entwurf nur etwa zusätzliche 0,02%-Punkte des EU-Bruttonationaleinkommens für produktive Ausgaben bereitstellt. Erfahrungsgemäß wird der Haushalt im Zuge der Verhandlungen überdies noch nach unten verhandelt und könnte so noch dürftiger ausfallen.

Friedrich Merz sprach in einer Rede vor dem Bundestag im März 2026 davon, dass sich die EU auf „einen langwierigen Prozess“ einstellen muss, um eine Einigung über den nächsten MFR zu erzielen und warnte vor schwierigen „Verhandlungen bis

Ein EU-Zukunftsfonds sollte strategische Investitionen mit europäischem Mehrwert in den Mitgliedstaaten unterstützen, insbesondere in Infrastruktur, die Energiewende, die Stärkung europäischer Industriestandorte und soziale Investitionen.

zum Schluss“.⁶⁴ Beim informellen Gipfeltreffen in Zypern Ende April 2026 forderte Ratspräsident António Costa indessen eine möglichst rasche Einigung der Staats- und Regierungschef:innen bis zum Ende des Jahres.⁶⁵ So wie viele andere Entscheidungsträger:innen in Brüssel möchte auch er die Verhandlungen möglichst vor den französischen Präsidentschaftswahlen im April 2027 abschließen, da ein möglicher Wahlsieg des rechtspopulistischen Rassemblement National die Gespräche erheblich erschweren könnte. Bevorstehende Wahlen in Spanien und Italien nächstes Jahr sorgen für zusätzliche Unwägbarkeiten.⁶⁶

Weniger Geld für Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Regionalpolitik?

Das EU-Budget ist nur ein kleiner Teil der öffentlichen Haushalte. Dennoch spielt es eine zentrale Rolle, da es wichtige Umverteilungs-, Koordinierungs- und Investitionsfunktionen erfüllt. Es unterstützt insbesondere finanzschwächere Mitgliedstaaten bei Investitionen in gemeinsame europäische Ziele und bündelt Mittel dort, wo gemeinsame europäische Ausgaben wirksamer sind als nationale Alleingänge. Wegen der angespannten Haushaltssituation in vielen Mitgliedstaaten – welche auch daraus resultiert, dass die EU-Fiskalregeln, nachdem sie wegen der Corona-Pandemie und dem Ukrainekrieg außer Kraft gesetzt wurden, 2024 ohne Übergangsphase wieder auf „scharf“ gestellt wurden⁶⁷ – dürfte die Bedeutung der EU-Mittel für Investitionen noch zunehmen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Aushöhung der Strukturfonds als besonders problematisch, da sie bereits jetzt rund 13 % der gesamten staatlichen Investitionen in der EU sowie 51 % der Investitionen in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten ausmachen.⁶⁸

Vor allem die anstehenden Kürzungen beim ESF+ und beim JTF kommen zur Unzeit. Angesichts der Transformation der Arbeitsmärkte, steigender Qualifizierungsbedarfe, anhaltender wirtschaftlicher Unsicherheit und zunehmender sozialer Ungleichheit sollte der ESF+ eher aufgestockt werden.⁶⁹ Die Abschwächung des JTF wäre ein Rückschritt bei der Unterstützung von strukturschwachen Regionen, die unter zunehmendem „Transformationsstress“⁷⁰ stehen. Viele ehemalige Industrieregionen, die bereits in der Vergangenheit langfristige Beschäftigungsverluste und eine Erosion lokaler Wertschöpfung erfahren haben, sind im Zuge der für den Klimaschutz notwendigen Dekarbonisierung erneut einem rasanten Strukturwandel und zusätzlichen Anpassungsanforderungen ausgesetzt. Die gezielte Unterstützung dieser „left-behind places“ zu reduzieren, würde bestehende regionale Ungleichheiten weiter verstärken und die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Regionen mindern.⁷¹

Ein EU-Zukunftsfonds?

Da eine investitionsfreundliche Reform der Fiskalregeln ausblieb⁷², müssten eigentlich auf europäischer Ebene deutlich mehr Mittel bereitgestellt werden, um der Klimakrise und geoökonomischen Herausforderungen zu begegnen. Zahlreiche Studien kommen zu dem Schluss, dass zusätzliche öffentliche Investitionen von mindestens 1 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung pro Jahr nötig wären, um die Dekarbonisierung der europäischen Volkswirtschaften zu bewerkstelligen.⁷³ Das entspricht in etwa dem gesamten derzeitigen MFR 2021-27. Wohlbemerkt beziffert dies jedoch nicht wichtige Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung oder in Umweltschutz und Klimaanpassung.

EU-Haushalt ab 2028: Weniger Mittel für den Sozialen und Ökologischen Umbau?

Angesichts dieser Schätzungen erscheint der geplante Mehrjährige Finanzrahmen als unzureichend. Expert:innen fordern einen EU-Zukunftsfonds, der den MFR um zusätzliche Investitionsmittel ergänzt. Zur Finanzierung dieser Größenordnungen wären neue EU-Eigenmittel nötig, um nationale Beiträge zu schonen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Einigung über neue Eigenmittel kommt, ist, wie bereits oben ausgeführt, allerdings äußerst gering. Neben neuen Eigenmitteln wäre zudem wichtig, dass sich nationale Regierungen für einen Nachfolger von NextGenerationEU einsetzen, der dazu beiträgt, die Investitionslücken in der EU zu schließen.⁷⁴ Im Lichte der oben beschriebenen zähen Haushaltsverhandlungen und dem deutschen Veto gegen neue Schulden scheint allerdings auch diese Option wenig realistisch.

offensive, geschweige denn ein dauerhafter EU-Investitionsfonds politisch durchsetzbar. Bis 2027 müssen sich die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf einen gemeinsamen Finanzrahmen einigen. Spannend wird es wohl frühestens beim EU-Gipfel im Oktober 2026 und erneut im Dezember 2026. Zu hoffen bleibt, dass der Finanzrahmen von den frugalen Mitgliedstaaten nicht noch weiter nach unten verhandelt wird und das Europäische Parlament seinen Kampf für ein ambitionierteres Budget und die Beibehaltung der Kohäsionspolitik fortsetzt.

Bastian Henriquez Blauth hat das Trainee-Programm der AK Wien absolviert und arbeitet zu den Themen Just Transition & EU-Industriepolitik.
bastianhenriquezblauth@gmail.com

So scheint weder ein adäquater EU-Haushalt samt einer umfassenden Investitions-

- 1 https://germany.representation.ec.europa.eu/ein-ambitionierter-haushalt-fur-ein-starkeres-europa-mfr-2028-2034_de, abgerufen am 9. Mai. 2026.
- 2 <https://www.politico.eu/article/ursula-von-der-leyen-eu-budget-mep-democrats-extra/>, abgerufen am 15. Mai. 2026.
- 3 <https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/europa/EU-Budget.html>, abgerufen am 18. Mai. 2026.
- 4 <https://www.dw.com/de/der-neue-eu-haushalt-wo-streit-zwischen-den-staaten-droht/a-76980170>, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 5 [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA\(2026\)785723](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA(2026)785723), abgerufen am 27. April. 2026.
- 6 https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2025-12-09_DGB_Stellungnahme_MFR_Multifonds_final.pdf, abgerufen am 18. Mai. 2026. (S.3)
- 7 <https://www.etuc.org/en/document/multiannual-financial-framework-2028-2034-which-protects-workers-and-promotes-investment>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 8 <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/multiannual-financial-framework-2028-2034>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 9 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-teufel-steckt-im-haushalt-ein-umfassender-guide-zu-den-mfr-verhandlungen>, abgerufen am 19. Mai. 2026. (S.18)
- 10 <https://makronom.de/wie-sparpolitik-die-ungleichheit-verschaerft-50706>
- 11 <https://www.boell.de/de/2025/08/15/nicht-vermittelbar-warum-die-kritik-am-volumen-des-eu-haushalts-zu-kurz-greift>, abgerufen am 09. Mai. 2026.
- 12 <https://www.dw.com/de/der-neue-eu-haushalt-wo-streit-zwischen-den-staaten-droht/a-76980170>, abgerufen am 18. Mai. 2026.
- 13 <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2025/11/europaministerin-plakolm-massnahmen-fuer-ein-schlankes-eu-budget-setzen.html>, abgerufen am 18. Mai. 2026.
- 14 <https://www.politico.eu/newsletter/brussels-playbook/the-frugal-empire-strikes-back/>, abgerufen am 07. Mai. 2026.
- 15 <https://www.awblog.at/Europa/Paradigmenwechsel-bei-EU-Budget>, abgerufen am 18. Mai. 2026.
- 16 <https://www.tagesschau.de/europawahl/eu/finanzen-106.html>, abgerufen am 16. Mai. 2026.
- 17 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger-in-der-eu/>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 18 <https://www.euractiv.com/news/what-the-eu-27-wants-from-the-next-budget/>, abgerufen am 18. Mai. 2026.
- 19 <https://www.euractiv.com/news/bigger-eu-budget-indispensable-for-european-sovereignty-says-macrons-top-advisor/>, abgerufen am 20. Mai. 2026.
- 20 <https://www.euractiv.com/news/denmark-open-to-bigger-eu-budget/>, abgerufen am 20. Mai. 2026.
- 21 <https://www.awblog.at/Europa/Paradigmenwechsel-bei-EU-Budget>, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 22 <https://euractiv.com/de/news/berlin-bezeichnet-macrons-forderung-nach-mehr-eu-schulden-als-ablenkungsmanoever/>, abgerufen am 17. Mai. 2026.
- 23 <https://www.politico.eu/article/it-is-idiot-france-and-greece-call-for-delaying-covid-debt-repayment/>, abgerufen am 19. Mai. 2026.

EU-Haushalt ab 2028: Weniger Mittel für den Sozialen und Ökologischen Umbau?

- 24 <https://euractiv.com/de/news/spanien-draengt-auf-verdopplung-des-eu-haushalts/>, abgerufen am 25. Mai. 2026.
- 25 <https://euractiv.com/de/news/berlin-bezeichnet-macrons-forderung-nach-mehr-eu-schulden-als-ablenkungsmanoeuvr/>, abgerufen am 17. Mai. 2026.
- 26 <https://www.awblog.at/Europa/Draghi-Bericht-Fortschrittliche-Ansaetze-verpasste-Chancen>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 27 <https://euractiv.com/de/news/merz-lehnt-gemeinsame-eu-schulden-ab/>, abgerufen am 12. Mai. 2026.
- 28 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gemeinschaftsbudget-eu-haushalt-parlament-geht-auf-konfrontationskurs-zu-berlin/100220684.html>, abgerufen am 17. Mai. 2026.
- 29 <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260423IPR41835/parlament-verabschiedet-seine-position-zum-eu-haushalt-2028-2034>, abgerufen am 17. Mai. 2026.
- 30 <https://www.akeuropa.eu/de/mehrjaehriger-finanzrahmen-2028-2034-eu-parlament-fordert-ein-hoeheres-volumen-und-mehr-transparenz>, abgerufen am 04. Mai. 2026.
- 31 https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/publications/reports/2024/ninth-report-on-economic-social-and-territorial-cohesion_de, abgerufen am 12. Mai. 2026.
- 32 <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00343404.2025.2552869>, abgerufen am 03. Mai. 2026.
- 33 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52011PC0612>, abgerufen am 12. Mai. 2026.
- 34 <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2025S05/>, abgerufen am 13. Mai. 2026.
- 35 https://commission.europa.eu/topics/budget/eu-budget-2028-2034-explained/investing-people-member-states-and-regions_de, abgerufen am 12. Mai. 2026.
- 36 <https://www.akeuropa.eu/de/mehrjaehriger-finanzrahmen-2028-2034-eu-parlament-fordert-ein-hoeheres-volumen-und-mehr-transparenz>, abgerufen am 05. Mai. 2026.
- 37 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-teufel-steckt-im-haushalt-ein-umfassender-guide-zu-den-mfr-verhandlungen>, abgerufen am 19. Mai. 2026. (S.14)
- 38 https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2025-12-09_DGB_Stellungnahme_MFR_Multifonds_final.pdf, abgerufen am 20. Mai. 2026. (S.3)
- 39 <https://www.eunews.it/en/2025/07/16/european-parliament-slams-commissions-eu-budget-proposal-its-a-joke/>, abgerufen am 29. April. 2026.
- 40 <https://www.akeuropa.eu/de/die-zukunft-der-kohäsionspolitik-im-naechsten-eu-haushalt-schrumpfende-mittel-fuer-soziales>, abgerufen am 20. Mai. 2026.
- 41 <https://feps-europe.eu/cohesion-needs-reform-not-nationalisation/>, abgerufen am 17. Mai. 2026.
- 42 https://germany.representation.ec.europa.eu/ein-ambitionierter-haushalt-fur-ein-stärkeres-europa-mfr-2028-2034_de, abgerufen am 16. Mai. 2026.
- 43 <https://feps-europe.eu/eu-budget-2028-2034-beware-of-a-big-ugly-deal/>, abgerufen am 20. Mai. 2026.
- 44 https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2025-04-30_Positionspapier_Zukunft_Kohäsionspolitik.pdf, abgerufen am 24. April. 2026.
- 45 <https://www.socialeurope.eu/europes-budget-gamble-why-cutting-cohesion-funds-will-backfire>, aufgerufen am 17. Mai. 2026.
- 46 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/quo-vadis-kohäsionspolitik-die-europäische-regionalentwicklung-am-scheideweg>, abgerufen am 20. Mai. 2026.
- 47 <https://feps-europe.eu/cohesion-needs-reform-not-nationalisation/>
- 48 <https://www.awblog.at/Europa/Paradigmenwechsel-bei-EU-Budget>, abgerufen am 18. Mai. 2026.
- 49 <https://www.awblog.at/Europa/Europäisches-Semester-Geld-gegen-Reformen>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 50 https://www.researchgate.net/publication/394846095_Der_EU-Haushalt_2028-2034_Ist_die_EU-Kohäsionspolitik_Geschichte, abgerufen am 15. Mai. 2026.
- 51 <https://www.awblog.at/Europa/Paradigmenwechsel-bei-EU-Budget>, abgerufen am 20. Mai. 2026.
- 52 https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/2025-02-10_DGB_StgN_Geld_gegen_Reformen_verhindern_-_politische_Steuerung_verbessern.pdf, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 53 https://www.boell.de/sites/default/files/2026-02/tunyogi-2026_staerkung-der-sozialpolitik_mfr-paper-3.pdf, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 54 <https://www.etuc.org/en/pressrelease/commission-must-not-betray-promise-keep-social-fund>, abgerufen am 25. April. 2026.
- 55 <https://www.socialeurope.eu/europes-budget-gamble-why-cutting-cohesion-funds-will-backfire>, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 56 https://commission.europa.eu/topics/regional-and-urban-policy/just-transition-mechanism_en, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 57 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32021R1056>, abgerufen am 13. Mai. 2026.
- 58 <https://www.socialeurope.eu/europes-green-transition-a-fund-under-pressure>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 59 <https://www.forum-energii.eu/en/to-be-or-not-to-be-continued>, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 60 <https://www.etui.org/news/commissions-2028-2034-mff-proposal>, abgerufen am 10. Mai. 2025.
- 61 <https://www.awblog.at/Europa/Just-Transition-in-der-EU>, abgerufen am 13. Mai. 2026.
- 62 <https://www.germanwatch.org/de/93436>, abgerufen am 21. Mai. 2026.
- 63 https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/funding/just-transition-fund/itp-future-working-group-toolbox.pdf, abgerufen am 21. Mai. 2026.
- 64 <https://euractiv.com/de/news/merz-bezweifelt-dass-der-eu-haushalt-noch-in-diesem-jahr-verabschiedet-wird/>, abgerufen am 17. Mai. 2026.
- 65 <https://www.politico.eu/article/antonio-costa-steps-up-pressure-break-eu-budget-deadlock/>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 66 <https://www.politico.eu/article/eu-aims-france-marine-le-pen-proof-budget-deal-2026-election-far-right/>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 67 <https://www.awblog.at/Wirtschaft/neuer-oesterreichischer-Fiskalstrukturplan>, abgerufen am 14. Mai.
- 68 <https://www.efre.gv.at/news/newsdetail/deutsche-fassung-9-kohäsionsbericht>, abgerufen am 12. Mai. 2026.
- 69 https://www.esf.de/portal/SharedDocs/Meldungen/DE/2026/2026_04_29_interview_dgb.html, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 70 https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/PicturePark/2024-03/W_Studie_Regionale_Disparitaeten.pdf, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 71 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/regionalpolitik-als-stabilitaetsanker-im-strukturwandel>, abgerufen am 19. Mai. 2026.
- 72 <https://www.awblog.at/Europa/reform-der-eu-fiskalregeln-besser-aber-nicht-gut>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 73 <https://www.fes.de/news/wir-brauchen-die-eu-fuer-die-finanzierung-der-transformation>, abgerufen am 14. Mai. 2026.
- 74 <https://www.awblog.at/Europa/mehr-klimainvestitionen>, abgerufen am 19. Mai. 2026.

GEÄNDERTE MACHTVERHÄLTNISSE NATIONALE WAHLEN STÄRKEN EU-WIRTSCHAFTSLOBBY

Von
Frank Ey

Vor kurzem haben in Dänemark, Slowenien, Bulgarien und Ungarn Wahlen stattgefunden. Damit verbunden ist eine neuerliche Änderung der Kräfteverhältnisse auf Ebene der Europäischen Staats- und Regierungschef:innen und auch bei den Fachminister:innen-Räten. Eine Partei dominiert in allen drei gesetzgebenden EU-Institutionen deutlich.

Welche Effekte die Wahlen auf nationaler Ebene für Europa haben

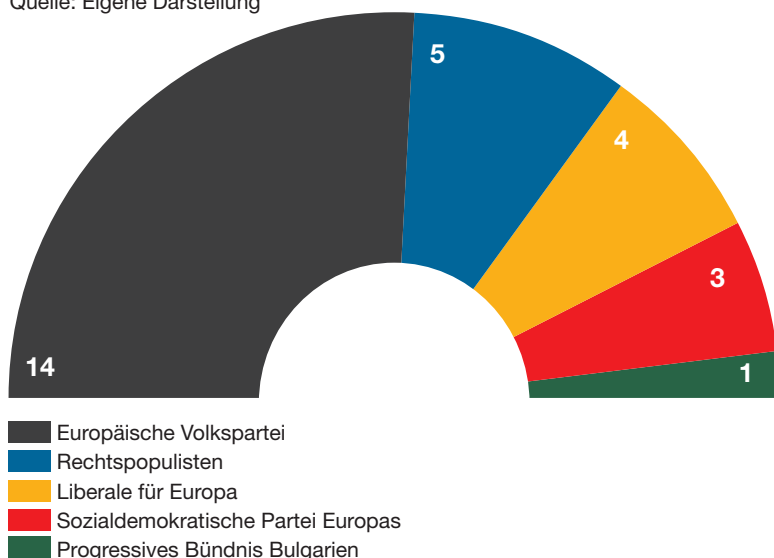
Die Parlamentswahlen in Ungarn haben auf EU-Ebene für ein Aufatmen gesorgt: Der bisherige Premierminister Viktor Orbán, der immer wieder Ratsentscheidungen blockiert und verzögert hat, wurde am 12. April 2026 abgewählt. Sein Konkurrent Peter Magyar errang eine Zweidrittel-Mehrheit. Die Erwartung der EU an die neue ungarische Regierung ist groß: Die demokratischen Grundprinzipien, die von der Orbán-Regierung jahrelang missachtet wurden, wie beispielsweise im Bereich der Justiz und der Medienfreiheit, sollen rasch wiederhergestellt werden. Diese Erwartungen dürften jüngsten Ankündigungen zufolge auch erfüllt werden.¹

Das Orbán-Regime ist Geschichte: Wie stark sich die Politik Ungarns nun tatsächlich verändern wird, bleibt abzuwarten.

Nicht zu vergessen ist allerdings, dass Magyar ursprünglich selbst aus der Orbán-Partei Fidesz kam und deshalb auch Vorbehalte angebracht sind. Als EU-Abgeordneter hat er beispielsweise erst kürzlich gegen den Ukraine-Hilfskredit gestimmt. Zudem hat er festgestellt, dass die bisherige Migrationspolitik so weiterlaufen solle wie bisher.² Mit Magyar kommt nun jedoch ein Premierminister aus dem konservativen Umfeld in der EU hinzu, während die Rechtspopulist:innen einen gewichtigen Politiker in dieser Position verlieren. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass auch Orbán – bis zu seinem endgültigen Austritt 2021 – über viele Jahre hinweg in der Europäischen Volkspartei beheimatet war.

Zusammensetzung des Europäischen Rats per Juni 2026

Quelle: Eigene Darstellung



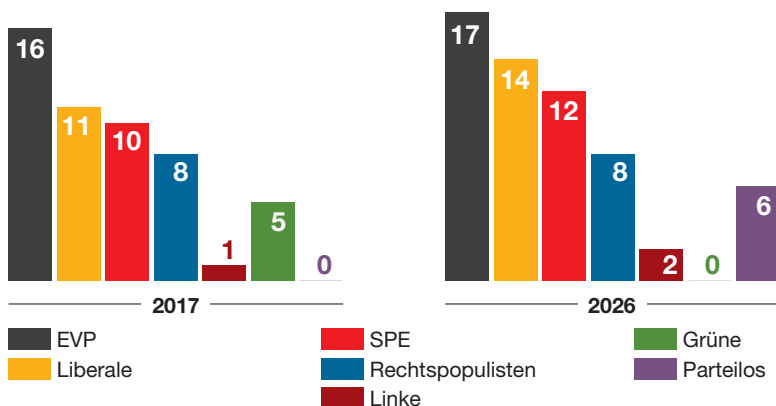
Anders sieht die Situation in Bulgarien aus: Der ehemalige bulgarische Präsident Rumen Radev hat die Wahl deutlich für sich entschieden. Mit seiner neu gegründeten Partei „Progressives Bulgarien“ erreichte er sogar die absolute Mehrheit. Nach fünf Wahlen innerhalb von acht Jahren könnte dies dem Land zunächst politische Stabilität verschaffen.

Allerdings gilt Radev als EU-kritisch und russlandfreundlich.³ Bei der Wahl erfolgreich war er unter anderem mit dem Versprechen, gegen Korruption vorzugehen. Hinsichtlich der Ukraine zeigte er sich skeptisch hinsichtlich von Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland, betonte aber gleichzeitig EU-Beschlüsse dazu

Geänderte Machtverhältnisse: Nationale Wahlen stärken EU-Wirtschaftslobby

Wie oft Parteien in Regierungen der EU-Länder vertreten sind

Quelle: Eigene Darstellung



In Slowenien bewegt sich das Pendel nach rechts.

nicht blockieren zu wollen.⁴ Sein Bündnis vereint politisch unterschiedliche Strömungen: Neben sozialdemokratischen Kräften gehören ihm auch Politiker:innen an, die im Europäischen Parlament Teil der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen sind – jener Gruppe, der unter anderem auch die Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni angehört. Wie seine Politik im Alltag letztlich zu bewerten ist, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen.

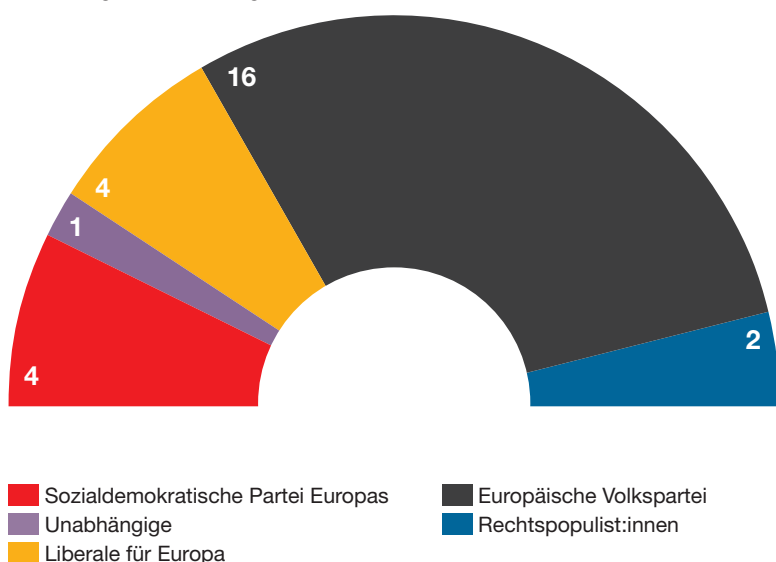
Offene Fragen bei der Regierungsbildung in Slowenien und Dänemark

Bereits im März 2026 gab es Parlamentswahlen in Dänemark und Slowenien. Hier ist noch nicht geklärt, wie die dortigen Regierungen zusammengesetzt sein werden. In Dänemark führt nun jedenfalls der rechtsliberale Lund Poulsen die Gespräche zur Bildung einer neuen Regierung, nachdem die derzeit regierende sozialdemokratische Premierministerin Mette Frederiksen keine Einigung erreichen konnte.

In Slowenien wurde Janez Janša im Mai 2026 zum Premierminister gewählt. Janša ist rechtspopulistisch, steht dem Orbán-Lager nahe und ist ein Fan von US-Präsidenten Trump. Er führt nun eine rechte Minderheitsregierung an. Janša war bereits bis 2022 Regierungschef und fiel damals mit Angriffen auf unabhängige Medien, Zivilorganisationen und Gewerkschaften auf.⁵ Die bislang liberal-soziale Koalition hat nach den Wahlen keine Mehrheit mehr.⁶

Die 27 EU-Kommissar:innen und ihre Zugehörigkeit zu politischen Parteien

Quelle: Eigene Darstellung



Die aktuellen Kräfteverhältnisse im Rat

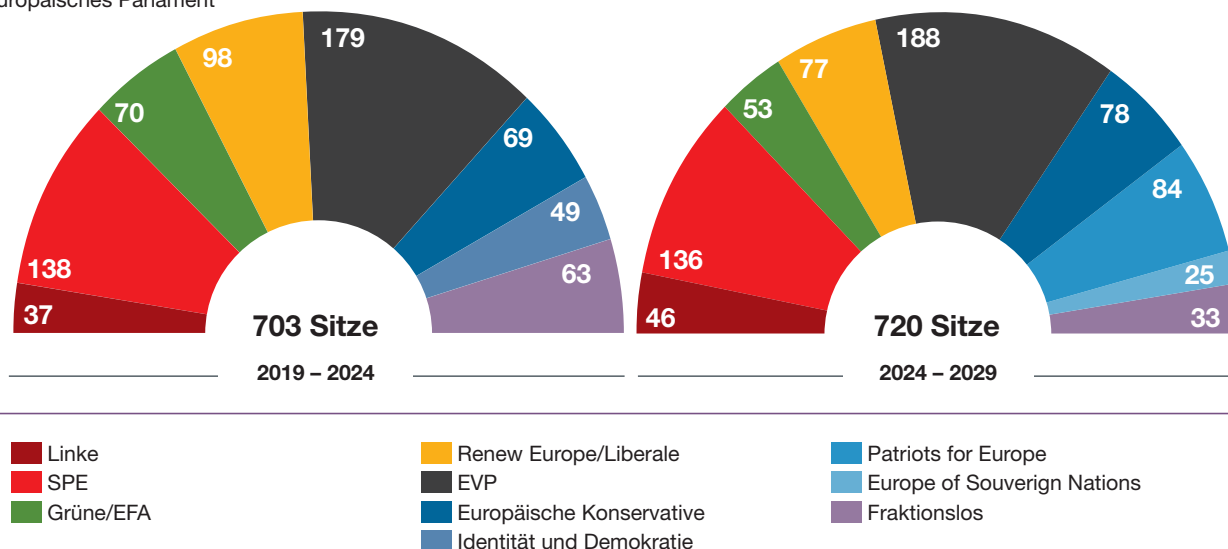
Nach dem Regierungswechsel in Ungarn im April 2026 sowie der Bildung der neuen Regierung in Bulgarien werden im Europäischen Rat insgesamt 14 Staats- und Regierungschef:innen der Europäischen Volkspartei (EVP) angehören. Zudem zählen fünf Regierungschef:innen zu populistischen beziehungsweise nationalistischen Parteien. Die Liberalen stellen drei, die Sozialdemokrat:innen (SPE) vier Regierungschef:innen. Im Falle Dänemarks ist der Ausgang der Regierungsverhandlungen nach den Wahlen im März 2026 derzeit noch offen.⁷

Auch wenn die Europäische Volkspartei auf Ratsebene klar dominiert, zeigt sich bei einem näheren Blick auf die Koalitionen

Geänderte Machtverhältnisse: Nationale Wahlen stärken EU-Wirtschaftslobby

Zusammensetzung des EU Parlaments

Quelle: Europäisches Parlament



Die klaren konservativ-populistisch dominierten Machtverhältnisse führen zu einer rein auf Unternehmenswünschen ausgerichteten EU-Politik.

nen in den einzelnen EU-Mitgliedsländern, dass mehrere politische Gruppierungen im Vergleich zu 2017 (auf Fachminister:innen-Ebene) weiterhin gut repräsentiert sind. So sind neben der EVP insbesondere die Liberalen und die Sozialdemokrat:innen stark vertreten, während die Rechtspopulist:innen nicht zugelegt haben. Die Grünen sind per 2026 in keiner einzigen Regierung mehr vertreten.

Klare Kräfteverhältnisse auch im EU-Parlament und in der EU-Kommission

Die Europäische Volkspartei ist derzeit in allen drei EU-Institutionen tonangebend, hat in der Europäischen Kommission eine absolute Mehrheit und dominiert auch im Europäischen Parlament.⁸

Wenig überraschend haben die deutlichen Machtverhältnisse auf EU-Ebene auch Auswirkungen im politischen Alltag: Seit den EU-Wahlen 2024 orientiert sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zunehmend an den Interessen großer Unternehmenslobbys, während das Gemeinwohl offenbar stärker in den Hintergrund rückt.

Im Mittelpunkt steht derzeit vor allem die Deregulierungspolitik. Ziel ist es, zahlreiche EU-Gesetze – darunter auch Regelungen, die erst in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen wurden – im Sinne von Unternehmen abzuschwächen oder ganz abzuschaffen. Dafür nutzt die Kommission sogenannte Omnibus-Verfahren, bei denen mehrere Gesetzesvorhaben gebündelt und gemeinsam behandelt werden. Trotz Kritik von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen dürften die Verhandlungen ohne größere Verzögerungen fortgesetzt werden.

Auch außerhalb dieser Verfahren setzt die Kommission weiterhin zentrale Anliegen der Wirtschaftslobby um, etwa mit dem geplanten sogenannten „28. Regime“. Dieses neue EU-Rechtsinstrument könnte Unternehmenspflichten weiter abbauen und zugleich Möglichkeiten schaffen, arbeitsrechtliche Standards zu umgehen.

Superwahljahr 2027 könnte erhebliche Änderungen im Rat bringen

Kommendes Jahr stehen in den großen EU-Mitgliedsländern Frankreich, Spanien,

Geänderte Machtverhältnisse: Nationale Wahlen stärken EU-Wirtschaftslobby

Italien und Polen Wahlen an, die zu erheblichen Änderungen in der Zusammensetzung des Rats führen könnten. Ob der Trend konservative bis rechtspopulistische Kräfte weiter stärken wird, ist noch nicht abschätzbar. Im Europäischen Parlament und in der

EU-Kommission sind die nächsten Änderungen in der politischen Zusammensetzung erst mit den EU-Wahlen 2029 zu erwarten.

Frank Ey, AK Wien
frank.ey@akwien.at

- 1 <https://www.diepresse.com/20762322/17-milliarden-euro-liegen-in-bruessel-bereit-fuer-ungarn-unter-peter%3Fslide-1-1>,
abgerufen am 13. Mai 2026
- 2 [Wahlsieg von Péter Magyar: Für die EU bleibt Ungarn ein schwieriges Mitglied - Politik - SZ.de](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wahl-bulgarien-104.html), abgerufen am 15. Mai 2026
- 3 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wahl-bulgarien-104.html>, abgerufen am 13. Mai 2026
- 4 [Radew zum neuen Ministerpräsidenten in Bulgarien ernannt | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wahl-bulgarien-104.html), abgerufen am 15. Mai 2026
- 5 [Janša erneut zum Regierungschef gewählt | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wahl-bulgarien-104.html), abgerufen am 26. Mai 2026
- 6 <https://www.profil.at/dasfruehstueck/das-fruehstueck-slowenien-regierungsbildung-rechtspopulismus-fpoe/403154948>,
abgerufen am 13. Mai 2026
- 7 [Der dänische König beauftragt die geschäftsführende Ministerpräsidentin erneut mit der Regierungsbildung | Euractiv DE](https://www.profil.at/dasfruehstueck/das-fruehstueck-slowenien-regierungsbildung-rechtspopulismus-fpoe/403154948) ,
abgerufen am 26. Mai 2026
- 8 https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC05712646_2024_3/, abgerufen am 15. Mai 2026



BESTELLEN!

Hier können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

infobrief eu & international:
EUROPA UND INTERNATIONALES IN
KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der Infobrief EU & Internationales erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

ZAHNLOSE GLOBALISIERUNGSKRITIK: VOM NERVÖSEN ZEITALTER UND AUTORITARISMUS

Von
Florian Kögler

Oliver Rathkolb vergleicht die Globalisierung heute mit jener vor hundert Jahren. Seine eindringliche Warnung vor autoritären Tendenzen, die von der Globalisierung angeheizt werden, ist hochaktuell. Seine Schlussfolgerungen sind es allerdings nicht: Statt einer echten wirtschaftspolitischen Kehrtwende soll Innovationsfähigkeit durch Deregulierungen innerhalb einer sozialen Marktwirtschaft wiederhergestellt werden.

Rathkolb gelingt es, über die Brücke der Nervosität den erstarkenden Autoritarismus sowohl damals als auch heute mit grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsweise in Verbindung zu bringen.

Die „Turboglobalisierung“ löst durch tiefgreifende Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen persönliche Verunsicherungen aus, die so weit gehen, dass man von einem nervösen Zeitalter sprechen kann. Das ist die Grundthese von Oliver Rathkolb. In seinem Buch gelingt es ihm, über die Brücke der Nervosität den erstarkenden Autoritarismus sowohl damals als auch heute mit grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsweise in Verbindung zu bringen. Rathkolb entwickelt diesen Punkt allerdings nicht weiter, etwa in Richtung einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik nach Isabella Weber¹, und verbleibt sozialpolitisch bei einem Appell zum Verringern der Einkommensunterschiede in der Bevölkerung. Sein Fokus liegt mehr auf der historischen Gegenüberstellung der beiden „Turboglobalisierungen“.

Triebkräfte der Globalisierung

Was treibt die Turboglobalisierung überhaupt an? Nach Rathkolb sind es primär Produktivitätsgewinne durch Innovationen von erfinderischen Unternehmer:innen. Eine Analyse der zentralen Rolle transnationaler Konzerne, neoliberaler Think Tanks und konservativer Politiker:innen wie Reagan und Thatcher für die Globalisierung bleibt er schuldig. Insbesondere im Hinblick darauf, dass deren Politik neben Profitsteigerung vor allem auf die Schwächung der starken Arbeiterbewegung zielte.

Buchtipps

Oliver Rathkolb **Ökonomie der Angst**

Die Rückkehr des nervösen Zeitalters
Molden Verlag, 2025



Zum Autor:

Oliver Rathkolb war langjähriger Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien sowie wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv. Zu seinen neueren Publikationen gehören „Die paradoxe Republik. Österreich 1945–2025“ und „Schirach: Eine Generation zwischen Goethe und Hitler“.

So verwundert es auch nicht, dass der ehemalige Schumpeter-Professor Rathkolb nicht völlig mit dieser Globalisierungslogik brechen will. Er fordert nicht etwa eine stärkere industriepolitische Steuerung durch den Staat oder eine gemeinsame Schuldenaufnahme auf EU-Ebene. Stattdessen schlägt er vor, Innovationskraft durch die Förderung von Risikokapital, die Errichtung einer Kapitalmarktunion oder die Reduzierung der Auflagen für Banken und Versicherungen zu steigern. „Überregulierung“ von Märkten sei, so Rath-

Für eine neue Weltordnung braucht Europa – entgegen Rathkolbs Vorschlägen – neue Konzepte, die mit der bisherigen Globalisierungslogik brechen.

kolb, ein Fehler. Deregulierende Maßnahmen zur Innovationsförderung sollen in eine soziale Marktwirtschaft eingebettet werden.

Friedliche Koexistenz?

Ein Ende dieser sozialen Marktwirtschaft würde nach Rathkolb auf zwei Weisen zum Autoritarismus führen: Einerseits durch das Erstarken rechtsextremer Kräfte im Westen und andererseits durch den globalen Machtverlust gegenüber China und Russland. Seine Einordnungen zu den sich verändernden globalen Kräfteverhältnissen bieten wenig Neues. Zwar erfrischt sein Appell für eine „friedliche Koexistenz“, deren Ziel es sein sollte, durch intensive politische und kulturelle Kontakte das militärische Konfliktrisiko zu senken. Allerdings widerspricht er sich in diesem Punkt mit seiner wiederholten Hinterfragung sämtlicher wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Beziehungen mit China.

Mit seiner Kritik der chinesischen „Wettbewerbsverzerrung“ reiht sich Rathkolb in jene neoliberalen Stimmen ein, die staatliche Industriepolitik als illegitim sehen. Ob Europa ohne eine solche Industriepolitik sowie etwa gänzlich ohne die billigen Klimatechnologien Chinas die Herausforderung der Klimakrise meistern kann, ist zu bezweifeln.

Alte Konzepte in neuem Gewand

Der historische Vergleich mit Globalisierungsprozessen aus dem frühen 20. Jahrhundert ist durchaus lesenswert. Parallelen zwischen damaligen „Robber Barons“ und heutigen „Cyber Barons“ verdeutlichen eindrücklich den Einfluss von Tech-Milliardären wie Musk und Zuckerberg auf die Politik. Aus seinem Vergleich der beiden Turboglobalisierungen schließt Rathkolb, dass Globalisierung „nicht automatisch zu Demokratie“ führt und deshalb in den Sozialstaat eingebettet werden muss.

Diese grundlegende These Rathkolbs stärkt somit zwar jene, die sich für eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und eine Verringerung von Einkommensunterschieden einsetzen. Allerdings braucht es für eine neue Weltordnung und dem drohenden wirtschaftlichen Abstieg Europas neue Konzepte, die mit der bisherigen Globalisierungslogik brechen und bei Rathkolb nicht zu finden sind.

Florian Kögler studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien und ist derzeit GURI-Praktikant in der Abteilung EU & Internationales sowie dem ÖGB, wo er sich mit der Militarisierung der EU auseinandersetzt.
florian.koegler@akwien.at

1 <https://www.surplusmagazin.de/weber-antifaschistische-wirtschaftspolitik-wahl/> (abgerufen am 03.05.2026)